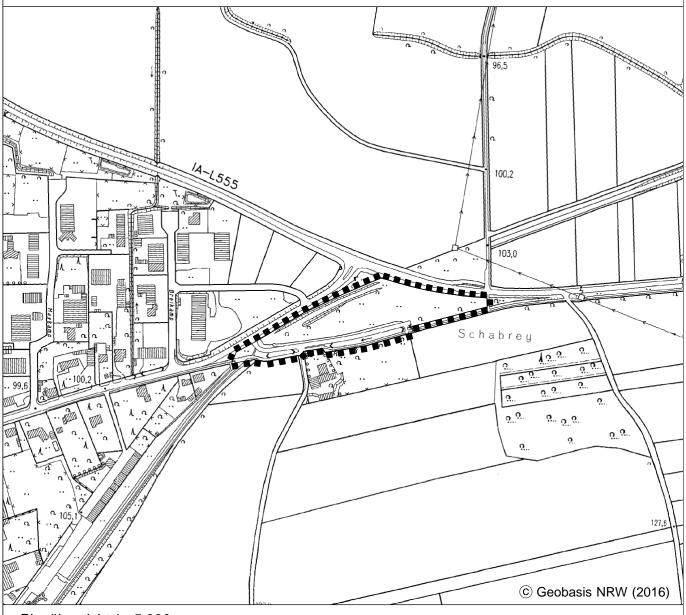
Gemeinde Rosendahl



Bebauungsplan

"Östlich der Höpinger Straße"



Planübersicht 1:5.000

Stand	30.01.2020
Bearb.	CL/KW
Plangröße	
Maßstab	

Planbearbeitung:

WP/WoltersPartner
Stadtplaner GmbH

Daruper Straße 15 • D-48653 Coesfeld Telefon 02541 9408-0 • Fax 9408-100 stadtplaner@wolterspartner.de

Planzeichnung



Planzeichenerläuterung

PLANZEICHENERLÄUTERUNG FESTSETZUNGEN gem. § 9 BauGB und BauNVO

ART DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB

0,8 Grundflächenzahl

(2,4) Geschossflächenzahl

Hmax.: Maximale Gebäudehöhe bezogen auf Meter über NHN,

siehe textliche Festsetzung Nr. 2

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

a Abweichende Bauweise, siehe textliche Festsetzung Nr.

____ Baugrenze

VERKEHRSFLÄCHEN gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

Straßenverkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Verkehrsbegleitgrün

GRÜNFLÄCHEN gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB

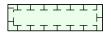
Öffentliche Grünfläche

Private Grünfläche

S+T Schutz- und Trenngrün

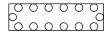
Planzeichenerläuterung

FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB



Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft, Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

FLÄCHE ZUR ANPFLANZUNG, PFLANZ- UND ERHALTUNGSBINDUNG gem. § 9 (1) Nr. 25 BauGB



Flächen zur Anpflanzung von bodenständigen Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen



Flächen mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von bodenständigen Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzung

SONSTIGE PLANZEICHEN



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gem § 9 (7) BauGB



Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind gem. § 9 (5) Nr. 3 BauGB (Altlastenverdachtsfläche)

BESTANDSDARSTELLUNGEN UND HINWEISE

	Flurgrenze
Flur 7	Flurnummer
	Vorhandene Flurstücksgrenze
123	Vorhandene Flurstücksnummer
1	Vorhandene Gebäude mit Hausnummer

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBI. I

S. 3634). Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -PauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBI. I S. 3786).

Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 90) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBI. I 1991 I S. 58), in der zuletzt geänderten Fassung.

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung 2018 - (BauO

NRW 2018) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.08.2018 (GV NRW S. 421), in der zuletzt geänderten Fassung. Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung. Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.07.2016 (GV. NRW. S. 559), in der zuletzt geänderten Fassung.

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009

(BGBI. I S.2585), in der zuletzt geänderten Fassung. **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBI. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung.

Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. 11.2016 (GV. NRW. S. 934), in der zuletzt geänderten Fassung.

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBI. I S. 94), in der zuletzt geänderten Fassung.

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013(BGBI. I S. 1274), in der zuletzt geänderten Fassung.

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes

(Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.05.2017 (BGBl. I S. 1440), in der zuletzt geänderten Fassung. Festsetzungen, Hinweise

1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG

(gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 (5) BauNVO)

1.1 Das Gewerbegebiet wird nach Art der Betriebe und Anlagen und deren besonderen Bedürfnissen und Eigenschaften gegliedert und eingeschränkt.

Unzulässig sind Betriebe und Anlagen mit vergleichbarem Emissionsgrad, wie sie im Bebauungsplan entsprechend der Abstandsliste in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.10.2007, Ministerialblatt NRW 2007, 659) unter der Ifd. Nr. (Anlage / Betriebsart) aufgeführt sind. Die unzulässigen Betriebsarten sind im entsprechenden Bereich des Plangebietes festgesetzt.

Ausnahmsweise zulässig sind Betriebe und Anlagen des nächst größeren Abstandes der Abstandsliste, wenn die von ihnen ausgehenden Emissionen so begrenzt werden, dass sie die von den allgemein zulässigen Anlagen üblicherweise ausgehenden Emissionen nachweislich nicht überschreiten.

- 1.2 Im Gewerbegebiet sind Einzelhandelsbetriebe ausgeschlossen.
- 1.3 Im Gewerbegebiet sind Anlagen und Betriebe, die gewerblich betriebenen sexuellen Dienstleistungen und Darbietungen dienen, unzulässig.
- 1.4 Im Gewerbegebiet sind die gem. § 8 (3) Nr. 2 bis 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke, Vergnügungsstätten) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

2 MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

(gem. § 9 (1) Nr. 1 u. (3) BauGB i.V.m. § 16 (2) Nr. 4 BauNVO)

2.1 Höhe der baulichen Anlagen

Die maximal zulässige Gebäudehöhe ist in dem jeweiligen Bereich der Planzeichnung in Meter ü. NHN festgesetzt.

- 2.2 Eine Überschreitung der zulässigen Baukörperhöhen für technisch erforderliche, untergeordnete Bauteile (z.B. Schornsteine, Masten, technische Aufbauten für Aufzüge) kann ausnahmsweise gem. § 16 (6) BauNVO um bis zu 3,0 m zugelassen werden. Die technische Erforderlichkeit ist im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen.
- 3 BAUWEISE UND ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 22 (4)BauNVO)
- 3.1 Auf den Gewerbegebietsgrundstücken ist eine abweichende Bauweise festgesetzt. Eine produktionsbedingte bzw. betriebsbedingte Überschreitung der Gebäudelängen (der Betriebshallenlängen) von 50 m ist grundsätzlich zulässig, wobei die für eine offene Bauweise erforderlichen Grenzabstände gem. BauO NW einzuhalten sind.
- 4 EIN- BZW. AUSFAHRTEN UND ANSCHLUSS AN DIE VERKEHRSFLÄCHE (gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB)
- 4.1 Ein- und Ausfahrten zur L 555 sind aus dem Plangebiet unzulässig.
- 5 FLÄCHEN ODER MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (gem. § 9 (1) Nr. 20 und 25a BauGB)
- 5.1 Alle gemäß zeichnerischer oder textlicher Festsetzung zu bepflanzenden Flächen sind mit heimischen, standortgerechten Pflanzen und Gehölzen flächendeckend zu begrünen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.
- 5.2 Die als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzten Bereiche sind der natürlichen Eigenentwicklung (Sukzession) zu überlassen.

HINWEISE

1 DENKMALSCHUTZ

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d. h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde Rosendahl und dem LWL – Archäologie für Westfalen, Münster unverzüglich anzuzeigen (§§ 15 und 16 DSCHG NRW). Erste Erdbewegungen sind rechtzeitig (ca. 14 Tage vor Beginn) der LWL-Archäologie für Westfalen, An den Speichern 7, 48157 Münster und dem LWL-Museum für Naturkunde, Referat Paläontologie, Sentruper Straße 285, 48161 Münster schriftlich mitzuteilen.

Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten der betroffenen Grundstücke zu gestatten, um ggf. archäologische und/oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 28 DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen freizuhalten.

2 ALTLASTEN

Werden im Bereich der Altlastenverdachtsflächen Eingriffe in den Boden vorgenommen, so ist im Vorfeld eine Gefährdungsabschätzungsuntersuchung durch einen anerkannten Altlastensachverständigen durchzuführen. Das genaue Untersuchungsprogramm ist vorab mit der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Coesfeld und dem zu beauftragenden Gutachter abzustimmen.

3 KAMPFMITTELRÄUMDIENST

Ist bei der Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnliche verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe ist durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

4 ARTENSCHUTZ

Im Sinne des allgemeinen Artenschutzes gem. § 44 BNatSchG wird darauf hingewiesen, dass Gehölzentnahmen nicht während der Brut- und Aufzuchtzeit vom 01.03. – 30.09. (vgl. § 39 BNatSchG) vorgenommen werden dürfen.

5 BAULICHE ANLAGEN ENTLANG DER L 555

In einem Abstand von 20 m zur befestigten Fahrbahnkante der L 555 sind Werbeanlagen / Anlagen der Außenwerbung unzulässig.

In einem Abstand von 20 bis 40 m zur befestigten Fahrbahnkante der L 555 bedürfen Werbeanlagen / Anlagen der Außenwerbung der Zustimmung des Straßenbaulastträgers der Landesstraße. Bauvorhaben mit Schaufensteranlagen, die der L 555 zugewandt werden sollen, sind im 20 m-Bereich der L 555 nicht zulässig.

6 EINSICHTNAHME UNTERLAGEN

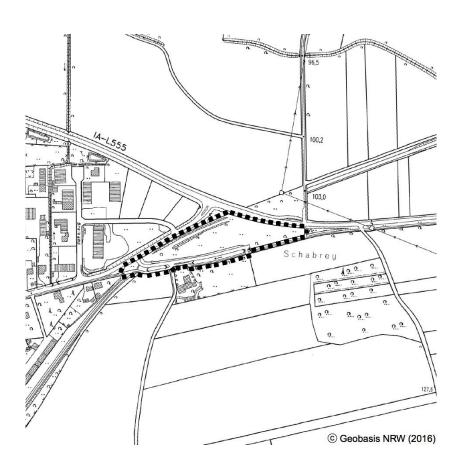
Soweit in den textlichen Festsetzungen Bezug auf technische Regelwerke genommen wird – DIN-Normen sowie Gutachten und VDI-Richtlinien anderer Art – können diese bei der auslegenden Stelle innerhalb der Öffnungszeiten eingesehen werden.

AUFSTELLUNGSVERFAHREN

Die Darstellung der Grundstucksgrenzen stimmt Die Planunterlage entspricht den Anforderunger Coesfeld, den	t mit dem Katasternachweis überein. Stand: Januar 2017 in des § 1 der Planzeichenverordnung.
	§ 2 und § 2a des Baugesetzbuches beschlossen, diesen ist am 12.04.2017 ortsüblich bekannt gemacht worden.
Gottheil (Bürgermeister)	Heitz (Schriftführer)
12.05.2017 einschließlich gem. § 3 Abs. 1 des E	über die Bauleitplanung hat in der Zeit vom 13.04.2017 bis Baugesetzbuches stattgefunden. Gleichzeitig hat die Jer öffentlicher Belange über die Bauleitplanung gem.
Gottheil (Bürgermeister)	
Der Rat der Gemeinde hat am 28.11.2019 gem. Bebauungsplan - Entwurf mit Begründung - öffe 03.12.2019 ortsüblich bekannt gemacht. Rosendahl, den	. § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches beschlossen, diesen entlich auszulegen. Dieser Beschluss wurde am
Gottheil (Bürgermeister)	Heitz (Schriftführer)
vom 11.12.2019 bis 20.01.2020 einschließlich z Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am 03	
Gottheil (Bürgermeister)	
Der Rat der Gemeinde hat am 27.02.2020 gem. Bebauungsplan - Entwurf mit Begründung - erne Rosendahl, den	. § 4a Abs. 3 des Baugesetzbuches beschlossen, diesen eut öffentlich auszulegen.
Gottheil (Bürgermeister)	Heitz (Schriftführer)
vom bis einschli	ng - hat gem. § 4a Abs. 3 des Baugesetzbuches in der Zeit ießlich zu jedermanns Einsicht erneut öffentlich ausgelegen. 3 des Baugesetzbuches erfolgte die erneute Beteiligung der ange.
Gottheil (Bürgermeister)	
Der Rat der Gemeinde hat am ger Satzung beschlossen. Dieser Bebauungsplan w Rosendahl, den	m. § 10 des Baugesetzbuches diesen Bebauungsplan als vird hiermit ausgefertigt.
Gottheil (Bürgermeister)	Heitz (Schriftführer)
Gem. § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches ist der am ortsüblich bekannt gemacht Bebauungsplan in Kraft getreten. Rosendahl, den	
Gottheil (Bürgermeister)	

Bebauungsplan Begründung "Östlich der Höpinger Straße"

Gemeinde Rosendahl



1	Allgemeine Planungsvorgaben und Planungsziele	4	Inhaltsverzeichnis
1.1	Aufstellungsbeschluss und Planverfahren	4	
1.2	Planungsanlass und Planungsziel	4	
1.3	Derzeitige Situation	4	
1.4	Planungsrechtliche Vorgaben	5	
2	Städtebauliches Konzept	5	
3	Festsetzungen zur baulichen Nutzung	5	
3.1	Art der baulichen Nutzung	6	
3.1.1	Gliederung nach Abstandserlass NRW	6	
3.1.2		6	
3.1.3	Ausnahmen gem. § 8 (3) BauNVO	6	
3.2	Maß der baulichen Nutzung	7	
3.2.1	Grundflächenzahl, Geschossflächenzahl und		
	Baumassenzahl	7	
3.2.2	Baukörperhöhen	7	
3.2.3	Überbaubare Flächen	7	
3.2.4	Bauweise	8	
4	Erschließung	8	
4.1	Anbindung an das Straßennetz	8	
4.2	Fuß- und Radwege	8	
4.3	Ruhender Verkehr	8	
5	Natur und Landschaft	8	
5.1	Festsetzungen zur Grüngestaltung	8	
5.2	Artenschutz	9	
5.3	Eingriffe in Natur und Landschaft	12	
5.4	Anforderungen des Klimaschutzes und der Anpassung	an	
	den Klimawandel	12	
6	Sonstige Belange	12	
6.1	Ver- und Entsorgung	12	
6.2	Altlasten und Kampfmittelvorkommen	13	
6.3	Immissionsschutz	13	
6.4	Denkmalschutz	14	
7	Flächenbilanz	14	
8	Umweltbericht	14	
8.1	Einleitung	14	
8.2	Beschreibung und Bewertung des derzeitigen		
	Umweltzustands und der erheblichen Umweltauswirkun	gen	
	der Planung während der Bau- und Betriebsphase	16	
8.3	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands be	ei	
	Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante)	23	
8.4	Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung u	nd	
	zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen	23	
8.5	Anderweitige Planungsmöglichkeiten	24	

Bebauungsplan "Östlich der Höpinger Straße" Gemeinde Rosendahl

9	Literaturverzeichnis	26
8.8	Zusammenfassung	25
8.7	Zusätzliche Angaben	24
	Vermeidung / Ausgleich	24
	Katastrophen einschließlich notwendiger Maßnahr	
	gemäß der zulässigen Vorhaben für schwere Unfä	lle oder
8.6	Beschreibung der erheblich nachteiligen Auswirkung	ngen

Anhang

Eingriff- und Ausgleichsbilanz Abstandserlass NRW

1 Allgemeine Planungsvorgaben und Planungsziele

1.1 Aufstellungsbeschluss und Planverfahren

Der Rat der Gemeinde Rosendahl hat in seiner Sitzung am 02.03.2017 den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Östlich der Höpinger Straße" im Osten des Ortsteils Darfeld, südlich der L 555 gefasst.

Das Plangebiet wird begrenzt:

- im Norden durch die L 555,
- im Westen durch den aktuellen Verlauf der Höpinger Straße,
- im Süden durch den "historischen" Verlauf der Höpinger Straße,
- im Osten durch die östliche Grenze des Flurstücks Nr. 666, Flur
 7, Gemarkung Darfeld..

Die Grenzen sind entsprechend in der Planzeichnung des Bebauungsplanes festgesetzt.

1.2 Planungsanlass und Planungsziel

Mit dem Bau der nördlichen Umgehungsstraße um den Ortsteil Darfeld (L 555) wurde der ursprüngliche Verlauf der in östlicher Richtung den Ortsteil Darfeld verlassenden Höpinger Straße in nördlicher Richtung verschwenkt, um einen möglichst orthogonalen Knotenpunkt mit der neuen Trasse der L 555 zu gewährleisten.

Damit verblieb zwischen der ursprünglichen Trasse der Höpinger Straße und dem neuen Verlauf der Landesstraße eine Restfläche, die bisher ungenutzt blieb.

Im Sinne des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden stellt der Flächennutzungsplan der Gemeinde Rosendahl für diese Flächen, die durch die umgebenden Verkehrsflächen vom Freiraum getrennt sind, bereits gewerbliche Bauflächen dar.

Aus Anlass eines konkreten Bauwunsches auf diesen Flächen sollen mit der Aufstellung des Bebauungsplanes nunmehr die planungsrechtlichen Grundlagen für eine bauliche Nutzung im Plangebiet geschaffen werden.

1.3 Derzeitige Situation

Das Plangebiet wird derzeit baulich nicht genutzt und stellt sich als eine in den Randbereichen mit Gehölzen bestandene Wiese dar.

Die Bahnstrecke Coesfeld – Rheine, die das Plangebiet am westlichen bzw. nördlichen Rand durchlief, ist mittlerweile aufgegeben und als Fahrradweg umgenutzt. Um eine sichere Querung der L 555 zu gewährleisten, wurde der Verlauf des Radweges im Plangebiet jedoch von der ursprünglichen Bahntrasse auf die Höpinger Straße (alter Verlauf) verschwenkt und quert die L 555 unmittelbar östlich des Plangebietes. Südlich angrenzend an das Plangebiet befinden sich im

Zusammenhang mit einer landwirtschaftlichen Hofstelle Wohnnutzungen im Außenbereich. Nordwestlich der Höpinger Straße schließet sich der Gewerbestandort "Nördlich der Höpinger Straße" an.

Weitere Ausführungen zur Umweltsituation sind im Umweltbericht (s. Pkt. 8) enthalten.

1.4 Planungsrechtliche Vorgaben

Die Darstellung des gültigen Regionalplans Münsterland stellt für das Plangebiet einen "Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen" (GIB) dar. Insofern entspricht die Aufstellung des Bebauungsplanes den Zielen der Raumordnung und Landesplanung.

Der wirksame Flächennutzungsplan stellt für das Plangebiet überwiegend "Gewerbliche Bauflächen" und am nördlichen Rand "Grünflächen" dar. Entlang des westlichen Randes des Plangebietes ist die Trasse der ehemaligen Bahnstrecke Coesfeld – Rheine als "Fläche für Bahnanlagen" dargestellt. Diese wird im Bebauungsplan als "Grünfläche" festgesetzt und so von baulichen Anlagen freigehalten.

Insofern ist die Planung aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2 Städtebauliches Konzept

In Ergänzung des nordwestlich angrenzenden Gewerbestandortes "Nördlich der Höpinger Straße" sollen die Flächen im Plangebiet nunmehr einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden. Die gewerblichen Bauflächen werden in ihrer Nutzung im Hinblick auf den Immissionsschutz der in der Umgebung vorhandenen Nutzungen eingeschränkt. Aufgrund der geringen Verfügbarkeit von gewerblichen Bauflächen in Darfeld soll die Ansiedlung von Einzelhandelsbetriebe sowie Betriebe, die gewerblich betriebenen sexuellen Dienstleistungen und Darbietungen dienen, ausgeschlossen werden.

Die Flächen der ehemaligen Bahntrasse einschließlich der bestehenden Grünstrukturen werden im Bebauungsplan dabei als "Grünfläche" festgesetzt und somit zur Sicherung des Trassenverlaufs weiterhin von einer baulichen Nutzung freigehalten. Im Osten werden die zwischen L 555 und ehemaliger Höpinger Straße gelegenen Flächen ebenfalls als Grünfläche gesichert und tragen so zur Minimierung des Eingriffs in Natur und Landschaft bei.

Die Flächen der ehemaligen Höpinger Straße, die weiterhin zur Erschließung der angrenzenden Flächen genutzt werden und gleichzeitig der Führung des o.g. Radweges dienen, werden als "Verkehrsfläche" planungsrechtlich gesichert.

3 Festsetzungen zur baulichen Nutzung

3.1 Art der baulichen Nutzung

Die Bauflächen im Plangebiet werden entsprechend des oben formulierten Planungsziels als "Gewerbegebiet" gem. § 8 BauNVO festgesetzt. Im Norden halten die Bauflächen – entsprechend den Regelungen im Bebauungsplan "Nördlich der Höpinger Straße" einen Abstand von 10,0 m zu der Grenze der befestigten Fahrbahn der L 555 ein.

3.1.1 Gliederung nach Abstandserlass NRW

Gemäß § 1 (4) BauNVO wird das Gewerbegebiet in der Abwägung mit den Belangen des Immissionsschutzes nach zulässigen Betrieben und Anlagen eingeschränkt. Grundlage für diese Einschränkung ist der so genannte Abstandserlass NRW*.

Bezugspunkt für die Ermittlung der zulässigen Betriebsarten im Plangebiet ist die unmittelbar südlich des Plangebietes an der Höpinger Straße im Außenbereich vorhandenen nächstgelegenen Wohnnutzung. Für die Anwendung des Abstandserlasses wird für die o.g. Nutzung der Schutzstatus eines Mischgebietes zu Grunde gelegt.

Aufgrund der nähe dieser Bebauung zum Plangebiet werden die Abstandsklassen I – VII des Abstandserlass NRW (Betriebe und Anlagen der Nummern 1-221) ausgeschlossen. Betriebe, die nach der Abstandsliste des Abstandserlass ein Abstandserfordernis zu Wohnbebauung aufweisen, sind damit im Plangebiet im Allgemeinen nicht zulässig.

Die Abstandsliste des Abstandserlass 2007 ist als Anlage der Begründung beigefügt.

Ausnahmeregelung

Mit der Festsetzung von zulässigen Ausnahmen wird die Möglichkeit offengehalten, dass die sich künftig ansiedelnden Betriebe zusätzliche Vorkehrungen zum Immissionsschutz treffen können. In diesem Fall sind auch Anlagen der nächst niedrigeren Abstandsklasse (höhere Abstandserfordernis) zulässig. In Anbetracht des schnellen Fortschritts der Technik hinsichtlich der Minimierung der Umweltbelastung muss diese Flexibilität zur Anwendung der Abstandsliste offengehalten werden.

3.1.2 Sonstige Nutzungen

Da das Plangebiet der Ansiedlung von produzierenden Betrieben oder Handwerksbetrieben dienen soll, werden im Plangebiet Einzelhandelsbetriebe sowie Betriebe die gewerblich betriebenen sexuellen Dienstleistungen und Darbietungen dienen ausgeschlossen.

3.1.3 Ausnahmen gem. § 8 (3) BauNVO

* Runderlass des Ministers für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 06.06.2007, Ministerialblatt NRW Nr. 29 vom 12.10.2007, S. 659 Um die Bauflächen für gewerbliche Nutzungen entsprechend des oben beschriebenen Planungszieles vorzuhalten, werden die gem. § 8 (3) Nr. 2 - 3 BauNVO sonst ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke, Vergnügungsstätten) in dem festgesetzten Gewerbegebiet nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und damit unzulässig.

3.2 Maß der baulichen Nutzung

3.2.1 Grundflächenzahl, Geschossflächenzahl und Baumassenzahl

Innerhalb des Plangebietes wird die Grundflächenzahl (GRZ) gem. § 17 BauNVO mit der zulässigen Obergrenze von 0,8 und die zulässige Geschossflächenzahl (GFZ) mit 2,4 festgesetzt, um im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden eine möglichst hohe Ausnutzung der festgesetzten Bauflächen zu ermöglichen.

Die Festsetzung einer Baumassenzahl ist im vorliegenden Fall entbehrlich, da in der Kombination aus Grundflächenzahl und zulässiger maximaler Gebäudehöhe (siehe Pkt. 3.2.2) die Überschreitung der Obergrenzen gem. § 17 BauNVO ohnehin ausgeschlossen ist.

3.2.2 Baukörperhöhen

Aufgrund der stark schwankenden Geschosshöhen bei gewerblichen Bauten wird auf die Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse im Bebauungsplan verzichtet. An Stelle dessen wird mit der Festsetzung der maximalen Baukörperhöhe eine eindeutig definierte Obergrenze für die Höhenentwicklung der baulichen Anlagen festgesetzt.

Die maximale Baukörperhöhe wird im Bebauungsplan auf max. 115 m ü. NHN festgesetzt. Bezogen auf das derzeit bestehende Geländeniveau entspricht dies einer Baukörperhöhe von ca. 10 m.

Oberer Bezugspunkt für die Bemessung der Baukörperhöhe ist jeweils die Oberkante der baulichen Anlage.

Eine Überschreitung der zulässigen Baukörperhöhen für technisch erforderliche untergeordnete Bauteile kann ausnahmsweise gem. § 16 (6) BauNVO um bis zu 3,0 m zugelassen werden. Die technische Erforderlichkeit ist im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen.

3.2.3 Überbaubare Flächen

Die überbaubaren Flächen werden mit Baugrenzen großzügig eingefasst, wodurch eine hohe Flexibilität in der Grundstücksausnutzung gegeben ist. Dabei wird mit den Baugrenzen ein Mindestabstand von i. d. R. 3,0 m zu den Grenzen der Bauflächen eingehalten. Am nördlichen Rand des Plangebietes sind die Grenzen des Plangebietes mit einem Abstand von 5 m zur Plangebietsgrenze festgesetzt. Damit wird sicher-

gestellt, dass die überbaubaren Flächen, wie auch in dem westlich angrenzenden Bebauungsplan, einen Abstand von 10,0 m zur Fahrbahn der L 555 einhalten.

3.2.4 Bauweise

Der Bau von Betriebshallen und sonstigen Produktionsstätten macht es erforderlich, eine abweichende Bauweise festzusetzen, um in einer grundsätzlich offenen Bauweise im Gewerbegebiet gem. § 22 BauNVO auch Baukörper von über 50,0 m Länge zuzulassen und somit die für die Betriebe notwendige Flexibilität hinsichtlich der Gestaltung der baulichen Anlagen zu gewährleisten.

4 Erschließung

4.1 Anbindung an das Straßennetz

Die Erschließung des Plangebietes ist über eine Anbindung an die im Süden verlaufende ehemalige Höpinger Straße vorgesehen, die in diesem Bereich ansonsten lediglich zur Erschließung eines südlich gelegenen Grundstücks im Außenbereich dient.

4.2 Fuß- und Radwege

Im südlichen Randbereich der Trasse der ehemaligen Höpinger Straße verläuft der Radweg Coesfeld Rheine, der in diesem Bereich zur besseren Querung der L 555 von der Bahntrasse in Richtung Osten verschwenkt wurde. Der Radweg wird durch einen Grünstreifen von der Fahrbahn der Höpinger Straße getrennt.

Da eine Vermischung oder Kreuzung des Radverkehrs mit dem Erschließungsverkehr des geplanten Gewerbegebietes somit ausgeschlossen ist, ist eine Gefährdung des Radverkehrs auf der ehemaligen Bahntrasse nicht zu erwarten,

4.3 Ruhender Verkehr

Die gemäß den bauordnungsrechtlichen Vorschriften erforderlichen Stellplätze sind auf den privaten Grundstücksflächen nachzuweisen.

5 Natur und Landschaft

5.1 Festsetzungen zur Grüngestaltung

Die Planung stellt die Erweiterung der gewerblich genutzten Flächen westlich der Höpinger Straße dar. Zur Einbindung der zukünftigen gewerblichen Baukörper in die Landschaft, ist eine Eingrünung erforderlich. Um dies planungsrechtlich sicherzustellen, werden die derzeit bestehenden Gehölze im Bereich der ehemaligen Bahnstrecke als "Öffentliche Grünfläche" mit der Zweckbestimmung "Schutz- und Trenngrün" festgesetzt. Im nördlichen Bereich im Übergang zur L 555 wird

zudem eine "Private Grünfläche" mit einem entsprechenden Pflanzgebot von bodenständigen Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt.

Die Grüngestaltungsmaßnahmen sind durch Festsetzungen gem. § 9 (1) Nr. 25a BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.

Eine im östlichen Bereich befindliche Kompensationsfläche, die im Rahmen des Baus der Ortsumgehung Darfelds (L555) angelegt wurde, wird zudem gem. § 9 (1) Nr. 20 als "Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft" planungsrechtlich gesichert.

5.2 Artenschutz

Gemäß Handlungsempfehlung des Landes NRW* ist im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung festzustellen, ob Vorkommen europäisch geschützter Arten im Plangebiet aktuell bekannt oder zu erwarten sind und bei welchen dieser Arten aufgrund der Wirkungen des Vorhabens Konflikte mit artenschutzrechtlichen Vorschriften poten-ziell nicht ausgeschlossen werden können bzw., ob und welche Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte erforderlich werden.

Die im Plangebiet vorhandenen Biotopstrukturen wurden anhand einer Bestandsaufnahme hinsichtlich ihres Habitatpotenzials für planungsrelevante Tier- und Pflanzenarten geprüft und Auswirkungen der Planung auf die Lebensräume und die Arten gem. § 44 (1) BNatSchG prognostiziert. Die Artenschutzprüfung erfolgte dabei auf Grundlage bereits vorliegender Daten aus Datenbanken und Fachkatastern und umfasst keine faunistischen Kartierungen.

Bestandsbeschreibung

Das Plangebiet stellt sich zur Zeit der Bestandsaufnahme als eine in den westlichen und östlichen, teilweise auch nördlichen Randbereichen mit Gehölzen bestandene Wiese dar. Maßgeblich prägend ist die ehemalige Bahnstrecke Coesfeld – Rheine, die das Plangebiet am westlichen bzw. nördlichen Rand durchquert und auf deren ehemaligem Gleisbett umfangreiche Begrünungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Auch der östliche Bereich des Plangebietes wurde im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen für den Neubau der Ortsumgehung (L 555) mit Hundsrose und Eichen bepflanzt. Der zentrale Bereich des Plangebietes ist als Intensivgrünland anzusprechen. Entlang der ehemaligen südlichen Höpinger Straße werden zur Zeit der Bestandsaufnahme Teilflächen als Lagerplatz für Sand und Steine genutzt. Gemäß Luftbild wurden auch weitere Teilbereiche des Plangebietes in der Vergangenheit schon als Lagerflächen genutzt.

* Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz (2010): Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben. Gemeinsame Handlungsempfehlungen.

• (potentielles) Arteninventar und Auswirkungsprognose

Laut Abfrage des Fachinformationssystems* (FIS) kommen im Bereich des Plangebietes, Messtischblatt 3909 (Quadrant 4) 23 planungsrelevante Arten vor. Dazu gehören unter Berücksichtigung der im Plangebiet vorkommenden Biotoptypen 21 Vogelarten, 1 Fledermaus- und 1 Amphibienart (s. Tab. 1).

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) Nordrhein-Westfalen, 2014: Fachinformationssystem geschützte Arten in NRW. www.naturschutzinformationennrw.de/artenschutz/de/arten/blatt

Eine Abfrage der Landschaftsinformationssammlung** des LANUV (@LINFOS) erbrachte keine weiteren Hinweise auf planungsrelevante Arten im Umfeld des Plangebietes.

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) Nordrhein-Westfalen, 2014: Landschaftsinformationssammlung, @LINFOS Fachkataster. www.gis6.nrw.de/osirisweb.

Tab. 1: Planungsrelevante Arten für Quadrant 4 im Messtischblatt 3909, Stand: März 2016. X = Brutvorkommen vorhanden, (x) = Artnachweis vorhanden. Erhaltungszustände: G = günstig, U = unzureichend, S = schlecht. Na = Nahrungshabitat, FoRu = Fortpflanzungs- und Ruhestätte, Ru = Ruhestätte, () = potentielles Vorkommen, ! = Hauptvorkommen.

Art		Status	Erhaltungszustand	KlGehoel	oVeg	Saeu	FettW
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name		in@NRW@(ATL)				
Säugetiere							
Pipistrellus pipistrellus	Zwergfledermaus	(x)	G	Na			(Na)
Vögel							
Accipiter agentilis	Habicht	Х	G-	(FoRu), ∄ Na			(Na)
Accipiter hisus	Sperber	Х	G	(FoRu), ∄ Na		Na	(Na)
Alaudaarvensis	Feldlerche	Х	U-			FoRu	FoRu!
Anthus ¹ Irivialis	Baumpieper	Х	U	FoRu		(FoRu)	
Asio@tus	Waldohreule	Х	U	Na		(Na)	(Na)
Athene B noctua	Steinkauz	Х	G-	(FoRu)		Na	Na
Bubo₫bubo	Uhu	Х	G			(Na)	(Na)
Buteo ∄ buteo	Mäusebussard	Х	G	(FoRu)		(Na)	Na
Cuculus ® tanorus	Kuckuck	Х	U-	Na			(Na)
Delichon@urbicum	Mehlschwalbe	Х	U			(Na)	(Na)
Dryobates @minor	Kleinspecht	Х	U	Na			(Na)
Dryocopus 3 martius	Schwarzspecht	Х	G	(Na)		Na	(Na)
Falco ¹ innunculus	Turmfalke	Х	G	(FoRu)		Na	Na
Hirundo ¹ austica	Rauchschwalbe	Х	U	(Na)		(Na)	Na
Luscinia megarhynchos	Nachtigall	Х	G	FoRu!		FoRu	
Passer 3 montanus	Feldsperling	х	U	(Na)		Na	Na
Perdix@perdix	Rebhuhn	Х	S			FoRu!	FoRu
Scolopax@usticola	Waldschnepfe	Х	G	(FoRu)			
Strix@luco	Waldkauz	х	G	Na		Na	(Na)
Tyto@alba	Schleiereule	х	G	Na		Na	Na
Vanellus 🛮 anellus	Kiebitz	х	U-				FoRu
Amphibien							
Hyla🏗rborea	Laubfrosch	(x)?	U	Ru!		Ru!	Ru

Das potentiell denkbare Arteninventar im Bereich des Plangebietes kann unter Berücksichtigung der tatsächlich erfassten Habitatstrukturen und -ausstattung sowie der Vorbelastungen durch die derzeitige Nutzung als Lagerfläche eingeschränkt werden, weil die spezifischen Lebensraumansprüche der betrachteten Arten nicht erfüllt werden. Zudem sind die mit Umsetzung des Planvorhabens verbundenen Wirkfaktoren u.U. nicht geeignet, artenschutzrechtliche Verbotstatbestände gem. § 44 (1) BNatSchG auszulösen.

In Bezug auf die potentiell denkbaren Säugetiere (hier: Zwergfledermaus) kann eine Quartiersfunktion ausgeschlossen werden, da keine Gebäude innerhalb des Plangebietes vorhanden sind. Auch essentielle Nahrungshabitate sind - nicht zuletzt aufgrund der Größe des Plangebietes sowie der umliegenden Ausweichhabitate - nicht von dem Planvorhaben betroffen. Bei Durchführung des Planvorhabens bleibt die ökologische Funktion im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang erhalten.

In Bezug auf die potentiell denkbaren Vogelarten, einschließlich europäischer Vogelarten, ist zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände gem. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) eine Entfernung von Gehölzen außerhalb der Brutzeiten, d.h. nur im Zeitraum vom 01.10. bis zum 29.02. eines jeden Jahres durchzuführen.

Artenschutzrechtliche Konflikte im Sinne des § 44 (1) Nr. 2 und Nr. 3 (Verbot der erheblichen Störung, Verbot der Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) sind aufgrund der Größe des Plangebietes und der Lage im Übergangsbereich zur freien Landschaft nicht anzunehmen. Auch bei Durchführung des Planvorhabens wird sich der Erhaltungszustand der lokalen Population einer potentiell betroffenen Art nicht verschlechtern. Die ökologische Funktion der von dem Eingriff potentiell betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleiben darüber hinaus im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang erhalten.

Da sowohl innerhalb des Plangebietes als auch im näheren Umfeld keine Gewässer vorkommen, können artenschutzrechtliche Konflikte gem. § 44 (1) BNatSchG gegenüber dem Laubfrosch ausgeschlossen werden. Ein Vorkommen dieser Art ist aus dem Naturschutzgebiet "Laubfroschweiher Höpingen" einer Entfernung von mehr als 1,5 km in nördlicher Richtung bekannt.

Da innerhalb des Plangebietes keine offenen Schotterflächen vorkommen (auch nicht in den ehemaligen Gleisbereichen) sind Vorkommen von Reptilien nicht zu erwarten. Hierfür liegen auch gemäß erfolgter Messtischblattabfrage keine Hinweise vor. Artenschutzrechtliche Verbote sind dementsprechend nicht anzunehmen.

Maßnahmen

Zur Vermeidung von Verbotstatbeständen gegenüber potentiell planungsrelevanten und europäischen Vogelarten sind Gehölzentnahmen (Fällungen, Rodungen) gemäß § 39 BNatSchG nur in der Zeit vom 01.10. bis zum 29.02. eines jeden Jahres zulässig. Ein entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsplan aufgenommen worden.

5.3 Eingriffe in Natur und Landschaft

Mit der Entwicklung des Gewerbegebiets ist ein Eingriff in Natur und Landschaft gem. § 15ff BNatSchG verbunden. Mit Umsetzung des Planvorhabens entsteht ein Eingriff in Höhe von 27.270 Biotopwertpunkten (s. Anhang).

Art und Lage der erforderlichen externen Ausgleichsmaßnahmen werden in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde bis zum Satzungsbeschluss ergänzt. Die Ablösung erfolgt durch den Ankauf von Biotopwertpunkten bei den Wirtschaftsbetrieben des Kreises Coesfeld und beim Wasser- und Bodenverband Dinkel.

5.4 Anforderungen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel

Gebäude sollten nach den aktuellen Vorschriften der Energieeinsparverordnung (EnEV) errichtet werden. Dadurch werden bautechnische Standardanforderungen zum effizienten Energiebedarf sichergestellt. Mit dem geplanten Vorhaben werden weder Folgen des Klimawandels erheblich verstärkt, noch sind Belange des Klimaschutzes unverhältnismäßig negativ betroffen.

6 Sonstige Belange

6.1 Ver- und Entsorgung

Die Versorgung mit Strom und Wasser für das Plangebiet wird durch die Erweiterung der vorhandenen Netze sichergestellt.

Die Abwasserentsorgung ist im Trennsystem vorgesehen. Im Rahmen eines Bodengutachtens* wurde die Durchlässigkeit des Baugrundes im Hinblick auf eine Versickerung des Niederschlagswassers geprüft. Eine Versickerung des Niederschlagswassers ist demnach nicht möglich. Im Rahmen einer Entwässerungsstudie** wurden daher die Möglichkeiten einer verträglichen Ableitung der anfallenden Abwässer untersucht. Die Einleitung des Niederschlagswassers ist in die nordwestlich des Plangebietes im Breikamp bereits vorhandenen Kanalisationsanlagen mit Einleitung in das weiter westlich gelegene Regenrückhaltebecken vorgesehen. Die Schmutzwasserentsorgung erfolgt ebenfalls durch Anschluss an eine westlich des Plangebietes

- * Gutachterliche Stellugnahme Nr. 1, Projekt Nr. : 2017/13442, Erdbaulabor Dr. Fritz Krause, Münster, Januar 2019
- ** Entwässerungskonzept zum Bebauungsplan Östlich der Höpinger Straße in Rosendahl Darfeld, U-Plan GmbH, Dortmund, März 2019

bereits bestehende Schmutzwasserleitung mit Anschluss an einen Mischwasserkanal.

Für Gewerbegebiete ist gem. DVGW-Arbeitsblatt W 405 ein Löschwasservolumen von 96 m³/h für die Dauer von 2 Stunden vorzuhalten. Über das Trinkwassernetz kann eine Löschwasserversorgung von 48 m³/h sichergestellt werden. Die verbleibenden Mengen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durch Maßnahmen auf dem Baugrundstück (Löschwasserzisterne/-teich) nachzuweisen.

6.2 Altlasten und Kampfmittelvorkommen

Im Westen des Plangebietes verläuft die Trasse der ehemaligen Bahnlinie Coesfeld-Rheine. Das Gleisbett stellt eine Verdachtsfläche im Sinne von § 2 Abs. 4 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) dar. Der Verdacht besteht insbesondere aufgrund von PAK-haltigem Bremsstaub, von Pflanzenschutzmitteln, die zur Gleisbettunterhaltung eingesetzt wurden und von Bahnschwellen, die mit Holzschutzmitteln behandelt wurden. Vor dem Hintergrund, dass die betreffende Fläche im Bebauungsplan als Grünfläche festgesetzt ist und somit aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplanes keine wesentlichen Eingriffe in den Boden erfolgen, wird in Abstimmung mit der Unteren Bodenschutzbehörde von orientierenden Untersuchungen im Sinne des § 2 Abs. 3 BBodSchV im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens abgese-

Aufgrund der zu vermutenden Belastungen des Gleisbetts wird die betroffene Fläche gem. § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB als "Fläche, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet ist" gekennzeichnet. Bei Bodeneingriffen in die gekennzeichneten Flächen sind diese in Abstimmung mit der Unteren Bodenschutzbehörde gutachterlich zu begleiten. Ein entsprechender Hinweis wird in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufgenommen.

Ein bei einer Oberflächendetektion geprüfter Kampfmittel-Verdachtspunkt wurde – ohne relevantes Ergebnis – untersucht. Aufgrund von in Teilbereichen der alten Bahnstrecke eingebrachten eisenerzhaltigem Gestein sowie aufgrund von Gehölzbewuchs ist eine Prüfung aller Teilbereiche jedoch nicht möglich.

Ist bei der Durchführung von Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen. Ein entsprechender Hinweis

wurde in den Plan aufgenommen.

6.3 **Immissionsschutz**

Runderlass des Ministers für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 06.06.2007, Ministerialblatt NRW Nr. 29 vom 12.10.2007, S. 659

Wesentliche Maßnahme zum Schutz der in der Umgebung des Plangebietes vorhandenen Nutzungen ist die Gliederung der Bauflächen gem. der Abstandsliste des Abstandserlass NRW*. Die angrenzend an das Plangebiet gelegene Bebauung besitzt aufgrund ihrer Lage im Außenbereich den Schutzanspruch vergleichbar eines "Mischgebietes" gem. Baunutzungsverordnung (BauNVO). Durch den Ausschluss sämtlicher im Abstandserlass NRW genannten Abstandsklassen, sind im Plangebiet nur Betriebstypen zulässig, die kein grundsätzliches Abstandserfordernis gegenüber Wohnbebauung aufweisen. Von daher wird durch diese Festsetzungen der Immissionsschutz der angrenzend bestehenden Nutzungen auf Ebene der Bauleitplanung sichergestellt.

6.4 Denkmalschutz

Belange des Denkmalschutzes sind im Plangebiet nicht unmittelbar betroffen. Im Falle von kulturhistorischen Bodenfunden sind die Vorschriften des Denkmalschutzgesetzes zu beachten.

7 Flächenbilanz

Gesamtfläche 1,61 ha - 100,0 %

davon:

Gewerbegebiet 0,67 ha - 41,3 % Öffentliche Verkehrsfläche 0,45 ha - 27,9 % Öffentliche Grünfläche 0,24 ha - 14,8 % Private Grünfläche 0,02 ha - 1,0 %

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung

von Natur und Landschaft 0,24 ha – 15,0 %

8 Umweltbericht

Der Umweltbericht fasst die Ergebnisse der gem. §§ 2 (4) i.V.m. § 1 (6) Nr. 7 und 1a BauGB durchzuführenden Umweltprüfung zusammen, in der die mit der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes voraussichtlich verbundenen Umweltauswirkungen ermittelt und bewertet wurden. Inhaltlich und in der Zusammenstellung der Daten berücksichtigt der Umweltbericht die Vorgaben der Anlage zu §§ 2 (4) und 2a BauGB.

Der Untersuchungsrahmen des Umweltberichtes umfasst im Wesentlichen das Plangebiet des Bebauungsplanes. Je nach Erfordernis und räumlicher Beanspruchung des zu untersuchenden Schutzgutes erfolgt eine Variierung dieses Untersuchungsraumes.

8.1 Einleitung

Kurzdarstellung des Inhalts

Der Rat der Gemeinde Rosendahl hat den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Östlich der Höpinger Straße" im Osten des Ortsteils Darfeld, südlich der L 555 gefasst. Das Plangebiet umfasst eine Größe von rund 1,6 ha und stellt sich derzeit als eine in den westlichen und östlichen, teilweise auch nördlichen Randbereichen mit Gehölzen bestandene Wiese dar. Maßgeblich prägend ist die ehemalige Bahnstrecke Coesfeld – Rheine, die das Plangebiet am westlichen bzw. nördlichen Rand durchquert und auf deren ehemaligem Gleisbett umfangreiche Begrünungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Aus Anlass eines konkreten Bauwunsches auf dieser Fläche sollen mit der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes nunmehr die planungsrechtlichen Grundlagen für eine bauliche Nutzung im Plangebiet geschaffen werden.

Umweltschutzziele

Das Plangebiet befindet sich im Bereich des Landschaftsplans "Rosendahl" vom 25.10.2004. Die Festsetzungskarte macht keine Vorgaben für den Planbereich.

Das nächstgelegene Landschaftsschutzgebiet (LSG Darfeld) liegt in einer Entfernung von mind. 300 m in nördlicher Richtung.

In nordwestlicher Richtung befindet sich das FFH-Gebiet "Wald bei Haus Burlo". Aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplanes und der Entfernung von rund 1,6 km sind keine negativen Auswirkungen auf die Schutz- und Erhaltungsziele des FFH-Gebietes zu erwarten.

Die auf den im Folgenden genannten Gesetzen bzw. Richtlinien basierenden Vorgaben für das Plangebiet werden je nach Planungsrelevanz inhaltlich bei der Betrachtung der einzelnen Schutzgüter konkretisiert.

Tab. 1: Beschreibung der Umweltschutzziele.

mweltschutzziele	
N ve	Hier bestehen fachliche Normen, die insbesondere auf den Schutz des Menschen vor Immissionen (z.B. Lärm) und gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zielen (z.B. Baugesetzbuch, TA Lärm, DIN 18005 Schallschutz m Städtebau).
in	Bezüglich der Erholungsmöglichkeit und Freizeitgestaltung sind Vorgaben m Baugesetzbuch (Bildung, Sport, Freizeit und Erholung) und im Bundesnaturschutzgesetz (Erholung in Natur und Landschaft) enthalten.
iere und flanzen, iologische Viel- alt, Arten- und iotopschutz	Die Berücksichtigung dieser Schutzgüter ist gesetzlich im Bundesnaturschutzgesetz, dem Landesnaturschutzgesetz NW, dem Bundeswaldgesetz und dem Landesforstgesetz NRW und in den entsprechenden Paragraphen des Baugesetzbuches (u.a. zur Sicherung der Leistungs- und Funktionsfänigkeit des Naturhaushalts und der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich iher Lebensstätten und Lebensräume sowie Erhalt des Walds wegen seiner Bedeutung für die Umwelt und seiner ökologischen, sozialen und wirtschaft-
iologische Viel- ilt, Arten- und iotopschutz	des Baugesetzbuches (u.a. zur Sicherung der Leistungs- und Funigkeit des Naturhaushalts und der Tier- und Pflanzenwelt einsch er Lebensstätten und Lebensräume sowie Erhalt des Walds weg

Umweltschutzziele	
	Umweltschutzziele im Sinne der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung wurden entsprechend berücksichtigt.
Boden/ Fläche und Wasser	Hier sind die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes, des Bundes- und Landesbodenschutzgesetzes (u.a. zum sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden, zur nachhaltigen Sicherung oder Wiederherstellung der Bodenfunktionen), der Bundesbodenschutzverordnung und bodenschutzbezogene Vorgaben des Baugesetzbuches (z.B. Bodenschutzklausel) sowie das Wasserhaushaltsgesetz und das Landeswassergesetz (u.a. zur Sicherung der Gewässer zum Wohl der Allgemeinheit und als Lebensraum für Tier und Pflanze) die zu beachtenden gesetzlichen Vorgaben. Dem Umweltschutzziel eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen (vgl. § 1 Landesbodenschutzgesetz), wird durch eine kompakte Flächeninanspruchnahme Rechnung getragen. Da in vorliegendem Fall ein Boden mit einer hohen Bodenfruchtbarkeit von dem Planvorhaben betroffen ist, erfolgt eine entsprechende Berücksichti-
Landschaft	gung im Rahmen der Eingriffs-, Ausgleichsbilanzierung. Die Berücksichtigung dieses Schutzguts ist gesetzlich im Bundesnaturschutzgesetz, dem Landesnaturschutzgesetz NW (u.a. zur Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswerts der Landschaft) und in den entsprechenden Paragraphen des Baugesetzbuches vorgegeben.
Luft und Klima	Zur Erhaltung einer bestmöglichen Luftqualität und zur Vermeidung von schädlichen Umwelteinwirkungen sind die Vorgaben des Baugesetzbuchs, des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der TA Luft zu beachten. Indirekt enthalten über den Schutz von Biotopen das Bundesnaturschutzgesetz und direkt das Landesnaturschutzgesetz NW Vorgaben für den Klimaschutz.
Kultur- und Sachgüter	Bau- oder Bodendenkmale sind durch das Denkmalschutzgesetz unter Schutz gestellt. Der Schutz eines bedeutenden, historischen Orts- und Landschaftsbilds ist in den entsprechenden Paragraphen des Baugesetzbuchs bzw. des Bundesnaturschutzgesetzes vorgegeben.

8.2 Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustands und der erheblichen Umweltauswirkungen der Planung während der Bauund Betriebsphase

Bei der Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Plandurchführung werden, soweit möglich, insbesondere die etwaigen erheblichen Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die Schutzgüter beschrieben. Die Beschreibung umfasst dabei – sofern zu erwarten – die direkten, indirekten, sekundären, kumulativen, kurz- mittel- und langfristigen, ständigen und vorübergehenden sowie positiven und negativen Auswirkungen. Den ggf. einschlägigen und auf europäischer, Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene festgelegten Umweltschutzzielen soll dabei Rechnung getragen werden.

Bei der Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung sind die <u>erheblichen</u> Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf die Belange nach § 1 (6) BauGB zu beschreiben.

Eine tiefergehende Beschreibung und Bewertung erfolgt jedoch – sofern zu erwarten – schutzgutbezogen, d.h. im Rahmen der nachfolgenden Betrachtung der jeweiligen Schutzgüter (vgl. Tab. 3).

Tab. 2: Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands und Prognose über die erheblichen Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung.

Schutzgut Menso	ch
Bestand	 Das Plangebiet dient zur Zeit der erfolgten Bestandsaufnahme im südlichen Bereich als Lagerplatz. Darüber hinaus ist in Teilbereichen von einer regelmäßigen Mahd (ggf. Grünlandnutzung) auszugehen. Im nördlichen Bereich verläuft die begrünte Trasse einer ehemaligen Bahnstrecke zwischen Coesfeld und Rheine. Die ehemalige Bahntrasse wird (auch wenn an dieser Stelle nach Süden verschwenkt) von Radfahrern genutzt und dient dem Fahrradtourismus in der Region. In südlicher Richtung angrenzend bestehen Wohnnutzungen im Außenbereich an einer landwirtschaftlichen Hofstelle. Die angrenzend gelegene Bebauung besitzt aufgrund ihrer Lage im Außenbereich den Schutzanspruch vergleichbar eines "Mischgebietes" gem. Baunutzungsverordnung (BauNVO).
Baubedingte Auswirkungen	 Im Zuge nachfolgender Bauarbeiten können baubedingte Auswirkungen auf umliegende Anwohner i. S. v. Baustellenverkehren, Staubaufwirbelungen und vorübergehenden Lärmeinwirkungen auftreten. Mit der Inanspruchnahme erfolgt eine Versiegelung einer derzeit als Lagerplatz, im Wesentlichen jedoch als Wiese genutzten Fläche. Der südlich verlaufende Fahrradweg bleibt erhalten bzw. wird als "Straßenverkehrsfläche" festgesetzt. Das Maß der Erheblichkeitsschwelle wird voraussichtlich aufgrund der lediglich vorübergehenden Bauarbeiten und der gesetzlich geregelten Arbeitszeiten nicht überschritten. Relevante Erholungsfunktionen werden baubedingt nicht in erheblichem Maße berührt. Es sind keine erheblich nachteiligen baubedingten Auswirkungen auf das Schutzgut zu erwarten.
Betriebsbedingte Auswirkungen	 Wesentliche Maßnahme zum Schutz der in der Umgebung des Plangebietes vorhandenen Nutzungen ist die Gliederung der Bauflächen gem. der Abstandsliste des Abstandserlass NRW. Durch den Ausschluss sämtlicher im Abstandserlass NRW genannten Abstandsklassen, sind im Plangebiet nur Betriebstypen zulässig, die kein grundsätzliches Abstandserfordernis gegenüber Wohnbebauung aufweisen. Von daher wird durch diese Festsetzungen der Immissionsschutz der angrenzend bestehenden Nutzungen auf Ebene der Bauleitplanung sichergestellt. Unter Beachtung immissionsschutzrechtlicher Anforderungen auf der Genehmigungsebene, insbesondere gegenüber der südlich angrenzenden Wohnnutzungen im Außenbereich, werden mit der Planung voraussichtlich keine erheblich nachteiligen betriebsbedingten Beeinträchtigungen auf das Schutzgut vorbereitet.

Schutzgut Biotop	otypen, Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt
Bestand	 Das Plangebiet ist in erster Linie durch die im nördlichen Bereich verlaufende ehemalige Bahntrasse zwischen Coesfeld und Rheine gekennzeichnet. Hier bestehen linienhafte Grünstrukturen/ Baumanpflanzungen. Die Strecke ist im Biotopkataster des Landesumweltamtes erfasst (BK-3710-0209). Der zentrale Bereich des Plangebietes wird als Wiese genutzt/ regelmäßig gemäht. Im Osten befindet sich eine Fläche mit Heckenrosen und angepflanzten Ei-
	chenstämmen.
Baubedingte Auswirkungen	 Mit der Realisierung des Planvorhabens ist eine Nutzungsintensivierung im Sinne einer Überbauung verbunden. Die bestehenden Gehölzstrukturen im Bereich der ehemaligen Bahntrasse werden planungsrechtlich als "Öffentliche Grünfläche" gesichert. Auch die bestehenden Anpflanzungen im östlichen Bereich werden größtenteils im Bebauungsplan festgesetzt. Insbesondere der zentrale Teilbereich wird jedoch mit Umsetzung der Planung überbaut. Diese erheblichen Beeinträchtigungen können im Rahmen der durchzuführenden Eingriffs-, Ausgleichsbilanzierung naturschutzrechtlich berücksichtigt und im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Unter Berücksichtigung des erforderlichen Eingriffsausgleiches werden mit der Planung keine erheblich nachteiligen Beeinträchtigungen auf das Schutzgut vorbereitet. Darüber hinaus können baubedingte Auswirkungen durch die im Rahmen der Planumsetzung entstehenden Störungen, z.B. durch Bauverkehre (Licht, Lärm Staub) nicht ausgeschlossen werden. Das Maß der Erheblichkeitsschwelle wird voraussichtlich aufgrund der temporären Arbeiten nicht überschritten.
Betriebsbedingte Auswirkungen	 Durch den eigentlichen Betrieb werden mit der Planung voraussichtlich keine erheblichen Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter vorbereitet. Die vorhandenen Vorbelastungen (z.B. durch den Kfz-Verkehr auf der Höpinger Straße/ L555) bleiben bestehen.

Schutzgut A	Schutzgut Arten- und Biotopschutz		
Bestand	- Es liegen keine (europäischen) Schutzgebietsausweisungen innerhalb des Plangebietes bzw. im näheren Umfeld vor.		
	- Im östlichen Bereich des Plangebietes besteht eine Kompensationsfläche, welche im Zuge des Neubaus der Ortsumgehung angelegt wurde.		
	- Es liegen nach derzeitigem Kenntnisstand keine Hinweise auf artenschutz- rechtliche Verbote gem. § 44 (1) BNatSchG gegenüber planungsrelevanten/ europäischen Vogelarten vor, die nicht durch die genannten Vermeidungsmaß-		
	nahmen (vgl. Kap. 5.2) vermieden werden können.		

Schutzgut Arten- und Biotopschutz					
Baubedingte Auswirkungen	- Gesetzlich geschützte Gebiete sind nicht betroffen. Auswirkungen des Bebauungsplans auf FFH-Gebiete sind nicht zu erwarten.				
	 Die vorhandene Kompensationsfläche wird planungsrechtlich gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB gesichert. Unter Beachtung der genannten Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung (Kap. 8.4) sind keine erheblichen baubedingten Auswirkungen anzunehmen. 				
	- Zum Schutz planungsrelevanter/ europäischer Vogelarten sind Gehölzfällungen und Entnahmen außerhalb der Brutzeit, d.h. vom 01.10. bis zum 29.02. eines jeden Jahres durchzuführen.				
	 Unter Beachtung o.g. Maßnahme sind nach derzeitigem Kenntnisstand mit dem Planvorhaben keine artenschutzrechtlichen Verbote gem. § 44 (1) BNatSchG verbunden. 				
Betriebsbedingte Auswirkungen	- Betriebsbedingte Auswirkungen auf gesetzlich geschützte Gebiete können aufgrund der Entfernungen ausgeschlossen werden.				
	- Es sind keine erheblich nachteiligen betriebsbedingten Auswirkungen auf das Schutzgut zu erwarten.				

Schutzgut Boden/ Fläche **Bestand** Dem Plangebiet unterliegt eine typische Braunerde, vereinzelt lessiviert. Die Ertragsfähigkeit liegt im mittleren Bereich (Bodenschätzung zwischen 35 – 50). Der Boden wurde als "schutzwürdiger fruchtbarer Boden" aufgrund seiner Regelungs- und Pufferfunktion / natürlichen Bodenfruchtbarkeit bewertet (Geologischer Dienst NRW, Karte der schutzwürdigen Böden, Maßstab 1: 50.000). - Im Westen des Plangebietes verläuft die Trasse der ehemaligen Bahnlinie Coesfeld-Rheine. Das Gleisbett stellt eine Verdachtsfläche im Sinne von § 2 Abs. 4 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) dar. Der Verdacht besteht insbesondere aufgrund von PAK-haltigem Bremsstaub, von Pflanzenschutzmitteln, die zur Gleisbettunterhaltung eingesetzt wurden und von Bahnschwellen, die mit Holzschutzmitteln behandelt wurden. - Das Schutzgut beinhaltet als Teil der Landschaft auch Grundflächen im Sinne des § 14 (1) BNatSchG. Werden Grundflächen hinsichtlich ihrer Gestalt oder Nutzung so verändert, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt wird, liegt ein Eingriff vor, der zu kompensieren ist.

Schutzgut Boder	n/ Fläche
Baubedingte Auswirkungen	 Das Planvorhaben trägt zu einer weiteren Versiegelung eines nicht vermehrbaren Schutzgutes bei. Die Bodenentwicklung wird im Bereich einer zukünftigen Bebauung vollständig unterbunden. Vor dem Hintergrund, dass die betreffende Altlastenverdachtsfläche im Bebauungsplan als Grünfläche festgesetzt ist, sind aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplanes keine wesentlichen Eingriffe in den Boden zu erwarten. Bei Bodeneingriffen in die Fläche sind diese in Abstimmung mit der Unteren Bodenschutzbehörde gutachterlich zu begleiten. Durch Baufahrzeuge können lokale Bodenverdichtungen durch Befahren – insbesondere bei ungünstigen Witterungsverhältnissen – verbunden sein.
	 Unter Berücksichtigung der erforderlichen plangebietsexternen Ausgleichsmaßnahmen, mit denen in der Regel auch eine Aufwertung der Bodenverhältnisse verbunden ist, sind diese Beeinträchtigungen jedoch nicht als erheblich einzustufen. Durch die zwischenzeitlich erfolgten Nutzungen (u.a. als Lagerplatz) ist das Bodenprofil vermutlich anthropogen vorbelastet.
Betriebsbedingte Auswirkungen	 Ein Eintrag von bodenverunreinigenden Stoffen (Schmiermittel, Öle, Kraftstoffe) ist bei ordnungsgemäßem Betrieb von Kraftfahrzeugen auszuschließen. Der durch den gewerblichen Betrieb anfallende Müll wird ordnungsgemäß entsorgt. Insgesamt überschreiten die mit der Planumsetzung verbundenen betriebsbedingten Auswirkungen die Erheblichkeitsschwelle voraussichtlich nicht.

Schutzgut Wasser			
Bestand	- Es sind keine klassifizierten Oberflächengewässer vorhanden.		
	- Wasserschutzgebiete sind nach momentanem Kenntnisstand nicht vorhanden.		
Baubedingte Auswirkungen	- Bei einem erwartungsgemäß unfallfreien Betrieb von Baufahrzeugen und - maschinen sind Verschmutzungen des Schutzgutes, z.B. durch Schmier- und Betriebsstoffe nicht anzunehmen.		
	- Die Art und Menge der erzeugten Abfälle während der Bauphase sowie deren Beseitigung und Verwertung wird sich voraussichtlich nicht erheblich negativ auswirken. Die anfallenden Abfälle werden ordnungsgemäß entsorgt.		
	- Mit den zu erwartenden Versiegelungen ist eine Beeinträchtigung der Grund- wasserneubildungsrate auf lokaler Ebene verbunden, die sich jedoch nicht er- heblich auf den (großräumigen) Wasserhaushalt auswirkt.		
	- Nach derzeitigem Kenntnisstand sind daher insgesamt keine voraussichtlichen, erheblichen baubedingten Auswirkungen zu erwarten.		

Schutzgut Wasser Die Abwasserentsorgung ist im Trennsystem vorgesehen. Im Rahmen eines Betriebsbedingte Auswirkungen Bodengutachtens wurde die Durchlässigkeit des Baugrundes im Hinblick auf eine Versickerung des Niederschlagswassers geprüft. Eine Versickerung des Niederschlagswassers ist demnach nicht möglich. - Im Rahmen einer Entwässerungsstudie wurden daher die Möglichkeiten einer verträglichen Ableitung der anfallenden Abwässer untersucht. Die Einleitung des Niederschlagswassers ist in die nordwestlich des Plangebietes im Breikamp bereits vorhandenen Kanalisationsanlagen mit Einleitung in das weiter westlich gelegene Regenrückhaltebecken vorgesehen. Die Schmutzwasserentsorgung erfolgt ebenfalls durch Anschluss an eine westlich des Plangebietes bereits bestehende Schmutzwasserleitung mit Anschluss an einen Mischwasserkanal. - Die Art und Menge der erzeugten Abfälle während der Betriebsphase sowie deren Beseitigung und Verwertung wird sich voraussichtlich aufgrund der geplanten Nutzung nicht erheblich negativ auswirken.

Schutzgut Luft- u	ınd Klimaschutz				
Bestand	- Das Plangebiet wird von den klimatischen und lufthygienischen Wirkungen der freien Landschaft geprägt.				
	- Grünländer wirken als Kaltluftentstehungsgebiete. Bäume leisten als Kohlenstoffspeicher einen positiven Beitrag zum Klimawandel.				
	- Spezielle Klimafunktionen bzw. Klimaeigenschaften oder Emissionsquellen sind für das Plangebiet nicht zu erwarten.				
Baubedingte Auswirkungen	 Die baubedingten Auswirkungen bestehen u.a. in einem Eintrag von Schad- stoffen (Abgase, Staub) in die Luft durch den Betrieb von Baufahrzeugen und - maschinen. 				
	 Mit dem Planvorhaben ist ein Verlust von klimatisch ausgleichenden Kaltluftentstehungsflächen verbunden. Die maßgeblichen Gehölzstrukturen werden planungsrechtlich gesichert. Es erfolgt eine Erweiterung des Siedlungsklimas. 				
	 Die negativen Aspekte durch die zusätzliche Bebauung führen voraussichtlich nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen auf das Schutzgut. Der vorherr- schende Einfluss des Freilandklimas bleibt bestehen. 				
	 Aufgrund der erforderlichen naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen ist insgesamt nicht mit einer erheblichen Beeinträchtigung des Klimas und der Lufthygiene zu rechnen. 				
Betriebsbedingte Auswirkungen	- Durch die Bauflächenerweiterung entstehen - je nach Bauweise - verschiedene Emissionen z.B. durch Wärmeverluste.				
	- Die betriebsbedingten negativen Aspekte führen jedoch nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes.				

Schutzgut Landschaft				
Bestand	 Das Landschaftsbild ist neben der ackerbaulichen Nutzung im Umfeld des Plangebietes derzeit maßgeblich durch die Randlage am Ort, die angrenzenden Gewerbebetriebe in westlicher Richtung und die L 555 geprägt. Die bestehenden Grünstrukturen entlang der ehemaligen Bahntrasse stellen eine Aufwertung des Landschaftsbildes dar. 			
Baubedingte Auswirkungen	 Visuell sind Beeinträchtigungen (z.B. durch Baukräne) während der Bauphase, die jedoch aufgrund ihres nur vorübergehenden Einflusses voraussichtlich nicht erheblich sind, zu erwarten. Darüber hinaus sind durch die zukünftigen Gebäudekörper auch dauerhafte negative Einflüsse auf das Landschaftsbild zu erwarten; der Gewerbe- und Siedlungskörper wird in den Landschaftsraum ausgedehnt. Eine Eingrünung des Plangebietes in nördliche und östliche Richtung ist planungsrechtlich gesichert. Eine landschaftliche Einbindung ist daher sichergestellt. Aufgrund der bereits vorhandenen gewerblichen Nutzung im Umfeld und der dadurch bedingten Vorbelastungen wird die Erheblichkeitsschwelle voraussichtlich nicht überschritten. 			
Betriebsbedingte Auswirkungen	- Betriebsbedingte erhebliche Auswirkungen sind in Bezug auf das Schutzgut nicht zu erwarten.			

Schutzgut Kultur- und Sachgüter								
Bestand	- Es sind keine Kultur- und Sachgüter von der Planung betroffen.							
	- geschützte Baudenkmale sind nicht vorhanden							
	- Bodendenkmäler und archäologische Fundstellen sind aus dem Plangebiet nicht bekannt.							
Baubedingte Auswirkungen	 Eine erhebliche Betroffenheit von Sach- und Kulturgütern ist nicht zu erwarten (keine Beeinträchtigung von Denkmälern oder kulturhistorisch bedeutsamen Landschaftselementen, keine Beeinträchtigung eines Bezuges zwischen historischen Ortslagen und Landschaftsraum). Im Falle von kulturhistorisch wichtigen Bodenfunden sind die Vorschriften des Denkmalschutzgesetzes NRW zu beachten. Kulturgeschichtliche Bodenfunde, 							
	die während der Erdarbeiten freigelegt werden, sind der unteren Denkmalbehörde anzuzeigen.							
Betriebsbedingte Auswirkungen	- Es sind keine erheblich nachteiligen betriebsbedingten Auswirkungen auf das Schutzgut zu erwarten.							

Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern				
Bestand	- Die Schutzgüter stehen in ihrer Ausprägung und Funktion untereinander in Wechselwirkung. Dominierend wirkte und wirkt die derzeitige Nutzung. Hieraus resultieren Auswirkungen auf die Struktur- und Artenvielfalt von Flora und Fauna, aber auch Einflüsse auf den Boden- und Wasserhaushalt. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, die über die "normalen" ökosystemaren Zusammenhänge hinausgehen, bestehen nicht. Es liegen im Plangebiet keine Schutzgüter vor, die in unabdingbarer Abhängigkeit voneinander liegen.			

Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern						
Baubedingte Auswirkungen	 Es bestehen keine Wirkungszusammenhänge die über die normalen Funktionsbeziehungen zwischen der belebten und unbelebten Natur (biotische/ abiotische Faktoren) hinausgehen, sodass eine negative Kumulation von Auswirkungen in der Bauphase nicht zu erwarten ist. Eine erhebliche Kumulierung mit Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete ist bei dem gegebenen Planvorhaben nicht zu prognostizieren. 					
Betriebsbedingte Auswirkungen	 Es bestehen keine Wirkungszusammenhänge, die über die normalen Funktionsbeziehungen zwischen der belebten und unbelebten Natur (biotische / abiotische Faktoren) hinausgehen, sodass eine negative Kumulation von Auswirkungen in der Betriebsphase nicht zu erwarten ist. Kumulative Auswirkungen sind aufgrund des aktuellen Bestandes nicht bekannt und auch nicht zu erwarten. 					

8.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante)

Von einer deutlichen Änderung der bestehenden Strukturen im Plangebiet ist bei Nichtdurchführung der Planung nicht auszugehen. Die Grünlandfläche/ Intensivwiese würde voraussichtlich weiter landwirtschaftlich genutzt, zumindest jedoch regelmäßig einem Pflegeschnitt unterzogen. Die bestehenden Gehölze im Bereich der Bahntrasse und im Osten des Plangebietes würden ihre ökologische Funktion voraussichtlich verbessern.

Geschützte Bestandteile von Natur und Landschaft sind jedoch nicht betroffen, sodass ein natürliches Entwicklungspotential aufgrund rechtlicher Bindungen des Naturschutzrechts nicht zu erwarten ist.

8.4 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Bauphase	
Vermeidung / Verringerung	- Beschränkung der erforderlichen Arbeitsräume auf ein absolut notwendiges Minimum. Zügige und gebündelte Abwicklung der Bauaktivitäten, um Störungen zeitlich und räumlich zu minimieren.
	 Profilgerechter Abtrag und Lagerung des ausgehobenen Bodenmaterials. Ins- besondere der Oberboden sollte bei Zwischenlagerung gegenüber Erosion ge- schützt und soweit möglich wieder profilgerecht an gleicher Stelle eingebracht werden.
	 Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaß- nahmen (vor Beginn der Bauarbeiten ortsfeste Schutzzäune um ggf. betroffene Bäume anbringen, Boden im Wurzelbereich von Gehölzen nicht Befahren oder durch Materialablagerungen verdichten, ggf. Einsatz von Schutzvlies / Stahl- platte, freigelegtes Wurzelwerk mit Frostschutzmatten abdecken und bei Tro- ckenheit bewässern, kein Bodenauftrag oder –abtrag im Wurzelbereich).

Betriebsphase	
Vermeidung / Verringerung	 Es besteht die Möglichkeit nachteilige Umweltauswirkungen, z.B. durch die Nutzung erneuerbarer Energien und einen sparsamen und effizienten Energieeinsatz zu minimieren. Diese Maßnahmen bleiben jedoch dem Bauherren im Rahmen der Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) vorbehalten. Das Gewerbegebiet ist hinsichtlich der zulässigen Anlagen und Betriebe nach den Vorgaben des Abstandserlasses gegliedert (s. Pkt. 6.3), so dass der Immissionsschutz der südlich gelegenen Gebäude gesichert ist.
Ausgleich	 Mit der Planung wird ein Eingriff in Natur und Landschaft gem. § 14 ff BNatSchG vorbereitet, der gem. § 18 BNatSchG i.V.m. § 1a (3) BauGB vom Verursacher auszugleichen ist. Dabei ist der zur Planumsetzung notwendige Eingriff im Sinne des Vermeidungsgrundsatzes "Vor Ort" zu minimieren. Dies geschieht durch die verschiedenen Festsetzungen bestehender Grünstrukturen.

8.5 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Anderweitige alternative Planungsmöglichkeiten, die die Ziele und den Geltungsbereich des Bebauungsplans berücksichtigen (plankonforme Alternativen) mit gleichem städtebaulichem Entwicklungspotenzial bestehen nicht. Nach Vorgabe der landesplanerischen Zielsetzung besteht hier die Möglichkeit, der Nachfrage nach Gewerbegrundstücken zu entsprechen.

8.6 Beschreibung der erheblich nachteiligen Auswirkungen gemäß der zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen einschließlich notwendiger Maßnahmen zur Vermeidung / Ausgleich

Die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen lassen kein erhöhtes Risiko für schwere Unfälle oder Katastrophen erwarten, die zu voraussichtlichen, erheblich nachteiligen Auswirkungen führen.

Für Gewerbegebiete ist gem. DVGW-Arbeitsblatt W 405 ein Löschwasservolumen von 96 m³/h für die Dauer von 2 Stunden vorzuhalten. Über das Trinkwassernetz kann eine Löschwasserversorgung von 48 m³/h sichergestellt werden. Die verbleibenden Mengen sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durch Maßnahmen auf dem Baugrundstück (Löschwasserzisterne/-teich) nachzuweisen.

Weitere Gefahrgutunfälle durch Industrietätigkeiten im Sinne der Seveso-Richtlinie und/ oder verkehrsbedingten Gefahrgutunfällen sind in vorliegendem Fall ebenfalls nicht zu erwarten.

8.7 Zusätzliche Angaben

Datenerfassung

Die erforderliche Datenerhebung für die Umweltprüfung erfolgte anhand einer einmaligen Erfassung des Biotopbestandes im Plangebiet

und seiner Umgebung. Darüber hinaus wurden Fachinformationen aus Datenbanken ausgewertet. Eine Zusammenstellung der genutzten Quellen ist dem Literaturverzeichnis zu entnehmen (vgl. Kap. 9). Weitergehende technische Verfahren wurden nicht erforderlich. Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der erforderlichen Angaben für den Umweltbericht traten nicht auf.

Monitoring

Gem. § 4c BauGB sind die vom Bebauungsplan ausgehenden erheblichen Umweltauswirkungen von den Gemeinden zu überwachen. Hierin werden sie gem. § 4 (3) BauGB von den für den Umweltschutz zuständigen Behörden unterstützt.

Die im Plangebiet getroffenen Festsetzungen lassen keine unvorhergesehenen erheblichen Umweltauswirkungen erwarten. Maßnahmen zum Monitoring beschränken sich auf die Prüfungen im Rahmen der baurechtlichen Zulassungsverfahren. Unbenommen hiervon ist die Überprüfung seitens der für den Umweltschutz zuständigen Behörden gem. § 4 BauGB.

8.8 Zusammenfassung

Der Rat der Gemeinde Rosendahl hat den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Östlich der Höpinger Straße" im Osten des Ortsteils Darfeld, südlich der L 555 gefasst. Das Plangebiet umfasst eine Größe von rund 1,6 ha und stellt sich zur Zeit der erfolgten Ortsbegehung als eine in den westlichen und östlichen, teilweise auch nördlichen Randbereichen mit Gehölzen bestandene Wiese dar. Maßgeblich prägend ist die ehemalige Bahnstrecke Coesfeld – Rheine, die das Plangebiet am westlichen bzw. nördlichen Rand durchquert und auf deren ehemaligem Gleisbett umfangreiche Begrünungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Aus Anlass eines konkreten Bauwunsches auf dieser Fläche sollen mit der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes nunmehr die planungsrechtlichen Grundlagen für eine bauliche Nutzung im Plangebiet geschaffen werden.

Im Rahmen der durchgeführten artenschutzrechtlichen Prüfung der Stufe I wurde das Habitatpotenzial für planungsrelevante Arten im Plangebiet, bzw. im unmittelbaren Umfeld anhand vorliegender Informationen sowie einer Bestandserfassung der Biotopstrukturen vor Ort, ermittelt. Im Ergebnis sind nach derzeitigem Kenntnisstand - unter Berücksichtigung der genannten Vermeidungsmaßnahmen - mit Durchführung des Planvorhabens keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gem. § 44 (1) BNatSchG zu erwarten.

Der Umweltbericht fasst die Ergebnisse der Umweltprüfung zusammen, in der die mit der Aufstellung des Bebauungsplanes voraussichtlich verbundenen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und

bewertet wurden. Der Umweltbericht kommt nach Prüfung der Schutzgüter zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung der Eingriffsregelung sowie Anwendung des Abstandserlass NRW keine erheblichen Beeinträchtigungen durch die Planung entstehen.

Der mit der Planung verbundene Eingriff in Natur und Landschaft gem. § 14 ff BNatSchG ist gem. § 18 BNatSchG i.V.m. § 1a (3) BauGB vom Verursacher auszugleichen. Im Sinne des Vermeidungsgrundsatzes werden die bestehenden Grünstrukturen im Plangebiet weitestgehend erhalten und planungsrechtlich gesichert. Gleichwohl entsteht mit der Planung ein Biotopwertdefizit, welches auf externen Flächen oder den Ankauf von Biotopwertpunkten ausgeglichen werden muss. Art und Lage der erforderlichen externen Ausgleichsmaßnahmen werden in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde bis zum Satzungsbeschluss ergänzt. Die Ablösung erfolgt durch den Ankauf von Biotopwertpunkten bei den Wirtschaftsbetrieben des Kreises Coesfeld und beim Wasser- und Bodenverband Dinkel.

Von einer Änderung der bestehenden Strukturen im Plangebiet ist bei Nichtdurchführung der Planung nicht auszugehen. Die Flächen würden voraussichtlich weiter in ihrem derzeitigen Umfang genutzt.

Geschützte Bestandteile von Natur und Landschaft sind nicht betroffen, sodass ein natürliches Entwicklungspotential aufgrund rechtlicher Bindungen des Naturschutzrechts nicht zu erwarten ist.

Die erforderliche Datenerfassung für die Umweltprüfung erfolgte anhand von Erhebungen bzw. Bestandskartierungen des städtebaulichen und ökologischen Zustandes im Plangebiet sowie der unmittelbaren Umgebung.

Darüber hinausgehende, technische Verfahren wurden nicht erforderlich. Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der erforderlichen Angaben traten nicht auf.

Gem. § 4c BauGB sind die vom Bebauungsplan ausgehenden erheblichen Umweltauswirkungen von den Gemeinden zu überwachen. Hierin werden sie gem. § 4 (3) BauGB von den für den Umweltschutz zuständigen Behörden unterstützt.

Die im Plangebiet getroffenen Festsetzungen lassen keine unvorhergesehenen erheblichen Umweltauswirkungen erwarten.

9 Literaturverzeichnis

Erdbaulabor Dr. Fritz Krause (Januar 2019): Gutachterliche Stellungnahme Nr. 1, Projekt Nr. : 2017/13442. Münster.

Kreis Coesfeld, Fachbereich 70 – Umwelt, Naturschutz und Landschaftspflege (03.01.2006): Biotopwertverfahren zur Bewertung von Eingriffen und Bemessung von Ausgleichsmaßnahmen im Kreis Coesfeld. Coesfeld.

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW (o.J.): Fachinformationssystem ELWAS mit Auswertewerkzeug ELWAS-WEB. Online unter: http://www.elwasweb.nrw.de/elwas-web/. Abgerufen: Dezember 2018.

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz (2010): Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben. Gemeinsame Handlungs-empfehlungen.

Runderlass des Ministers für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 06.06.2007, Ministerialblatt NRW Nr. 29 vom 12.10.2007, S. 659

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) Nordrhein-Westfalen (2014): Fachinformationssystem (FIS) geschützte Arten in NRW. www.naturschutzinformationennrw.de/artenschutz/de/arten/blatt. Abgerufen: Dezember 2018.

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) Nordrhein-Westfalen (o.J.): Landschafts-informationssammlung NRW @LINFOS, Fachkataster. Online unter: www.gis6.nrw.de/osirisweb. Abgerufen: Dezember 2018.

U-Plan GmbH (März 2019): Entwässerungskonzept zum Bebauungsplan Östlich der Höpinger Straße in Rosendahl Darfeld. Dortmund.

Bearbeitet im Auftrag der Gemeinde Rosendahl Coesfeld, im März 2020

WOLTERS PARTNER
Architekten & · Stadtplaner GmbH
Daruper Straße 15 · 48653 Coesfeld

ANHANG

Eingriffs- und Ausgleichsbilanz

Zur Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung wird das Biotopwertverfahren des Landes Nordrhein-Westfalen unter Beachtung der regionalspezifischen Anpassung für den Kreis Coesfeld* angewandt.

Dieses Verfahren wird auf Basis der durchgeführten Bestandserfassung vor dem Eingriff (Tab. 1) und auf der Grundlage des vorliegenden Bebauungsplanes bzw. der darin enthaltenen Festsetzungen (Tab. 2) durchgeführt. Die Biotopwertdifferenz (Tab. 3) zeigt auf, ob ein Ausgleich der potenziellen Eingriffe erforderlich wird.

Insgesamt entsteht mit der Planung ein Biotopwertdefizit, welches auf externen Flächen oder den Ankauf von Biotopwertpunkten ausgeglichen werden muss.

Art und Lage der erforderlichen externen Ausgleichsmaßnahmen werden in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde bis zum Satzungsbeschluss ergänzt. Die Ablösung erfolgt durch den Ankauf von Biotopwertpunkten bei den Wirtschaftsbetrieben des Kreises Coesfeld und beim Wasser- und Bodenverband Dinkel.

* Kreis Coesfeld, Fachbereich 70 – Umwelt, Naturschutz und Landschaftspflege: Biotopwertverfahren zur Bewertung von Eingriffen und Bemessung von Ausgleichsmaßnahmen im Kreis Coesfeld. Coesfeld, 03.01.2006.

			Bewertungsparameter			
Code	Biotoptyp / Beschreibung	Fläche (qm)	Grundwert	Korrektur- faktor	Gesamt- wert	Einzel- flächenwert
Versiegelte oder teilversiegelte Flächen						
1.1	versiegelte Flächen (Straßen, Wege etc.)	1.955	0	1,00	0,00	0
1.3	teilversiegelte Flächen	260	1	1,00	1,00	260
Begleitvegetation, Bäume, Hecken, Gebüsche						
2.3	Straßenränder, Bankette, Wegraine	2.100	3	1,00	3,00	6.300
8.1	Hecken, Gebüsche	3.480	7	1,00	7,00	24.360
8.2	Baumgruppen, Alleen, Baumreihen, Einzelbäume	660	8	1,00	8,00	5.280
Landwirtschaftl. Flächen, halbnatürl. Kulturbiotope						
3.2	Intensivgrünland	7.660	3	1,00	3,00	22.980
Summe Bestand G1		16.115		·	·	59.180

Tab. 2: Zielzustand der Planung gem. Festsetzungen im Bebauungsplan

			Bewertung	Bewertungsparameter										
Code	Beschreibung	Fläche (qm)	Wertfaktor	Korrektur- faktor	Gesamt- wert	Einzel- flächenwert								
Gewe	begebiet (GRZ 0,8)													
1.1	Versiegelte Fläche*	5.321	-1	1,00	-1,00	-5.321								
4.3	Grün in Gewerbegebieten	1.330	2	1,00	2,00	2.660								
Öffent	liche Verkehrsfläche													
1.1	Versiegelte Fläche	4.503	0	1,00	0,00	0								
Öffent	liche / private Grünflächen													
8.1	öffentliche Grünflächen (Hecken, Gebüsche etc. mit Erhaltungsbindungen)	2.391	7	1,00	7,00	16.737								
8.1	private Grünfläche (Fläche zur Anpflanzung)	157	6	1,00	6,00	942								
Fläche	für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklur	ng von Natur u	nd Landschaf	ft										
o.A.	Maßnahmenfläche	2.413	7	1,00	7,00	16.891								
Summ	e Planung G2	16.115	•	_		31.910								

^{*} Gem. Stellungnahme der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreis Coesfeld vom 09.05.2017 unterliegt dem Plangebiet - aufgrund seiner hohen Bodenfruchtbarkeit - ein schutzwürdiger Boden, was in der Bilanzierung zu berücksichtigen ist. Die zukünftig versiegelte Gewerbeflächen wird dementsprechend um einen Wertfaktor abgewertet.

Tab.3: Gesamtbilanz					
Biotopwertdifferenz:	Planung (G2) - Bestand (G1)	31.910	59.180	=	-27.270

Mit Realisierung der Planung entsteht ein Biotopwertdefizit von rund

27.270 Biotopwertpunkten.

Bebauungsplan "Östlich der Höpinger Straße" Gemeinde Rosendahl

		2007 07 06)	8 2 8	4.1(1) 4.1(1) 4.1(1) 6.1(1), 0)	Anagen zur fachtemädigen Herstellung von halogerhaltigen (wohren erstellung von halogerhaltigen (wohren erstellung von Sauren, Basen, Salzen (was erstellung von Sauren, Basen, Salzen Anages zur Etablichaltigen Herstellung von phosphor-, stickstoffoder van erstellung von erste
Hirweis auf Nummer (Spatte) der 4. BlmSchV		Anagen-betrets art (Kuffassung) v	33	9) 4.6(1) 8.8(1) 8.10(1)	Kaluum'algel Undigerilenin (#) Anlagen zur Herstellung von Ruß (#) Anlagen zur physikalisch undloder chemischen Behandlung von Adfallen mit einer Durstzatzelsstung von 50 Tonnen Einsatzstoffen oder Adverse Tod o oder Mar 34,30 Tonnen Einsatzstoffen oder
1.1 (1) Kral fen, 1.11 (1) Ank 3.2 (1) a) Inter	Kral Anii Inte		8 8	6 R	Inchigo 3 49, securind. No. 717 and Authentungsanlagen für schmetzflüssige Schlacke (z. B. Hochofenschlacke) Schlacke) Freizeitparks mit Nachtbetrieb (").(S. auch für Nr. 160)
Stra 8.4.(1) Min	B St	animaconari i receive an ancienti g. d. r. d. sanime riceti, en acini. V 500	37	1.1(1)	Kraftwerke, Hetzkraftwerke und Hetzwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von flerenstoffen, soweit die Feuerungswarmeleistung 50 MW bis 15 n MW berfach zurch Binmasseutzeftwerte (48)
1.14(1) Anit	Ank Ank	Antagen zur Vergasung oder Verflüs sigung von Köhle oder bituminösem scheiner		8.2 (1) a) und b)	Aniagen zur Erzeugung von Strom, Dampf Warmwasser, Prozesswärme oder erfitzter Augsgegen der der der der Aniagen zur Greich den Filtstatz von Adalinfolgen ohne Hotz- oder erfitzter Augsgegen der den Filtstatz von Adalinfolgen ohne Hotz- oder erfitzter Augsgegen der den Filtstatz von Adalinfolgen ohne Hotz-
2.14(2) Anic	Anli	zur lerer t elr	88	1.8(2)	su nuch misse der beschlichtungen von naugenungansuren verbindungen mit einer Feuerungswarmeleistung von 50 Megawat oder mehr Elektroumspannanlagen mit einer Oberspannung von 220 kV oder mehr einschließlich der Schaltfelder, ausgenommen eingehauste Elektroum-
3.1 (1) Anit 3.2 (1) b) Anit		is auth no Tit you of the state	98 40 14	1.9(2) 1.10(1) 2.8(1+2)	spannanlagen (*) Anlagen zum Mahlen oder Trocknen von Kohle Anlagen zum Rettelleren von Braun- oder Steinkohle Anlagen zur Herstellung von Glas oder Glasfasern auch soweit es aus
3.3(1) Ar	2 A 9	Sufaringfasser († 78. adv.) m. r. XV nin 45. A Alagen zu Herstellung von Nichteisennohmetallen aus Erzen, Konzent- raten order selvonderen Dobethera einer hi Almaninmphittaen (#)	42	2.11(1)	Altgras hergestellt Anlagen zum Schm elzen mineralischer Stoffe einschließlich Anlagen zur
3.15(2) Ar	4 1	nacti occi. Scrimonatti ramonini materia (m.). Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behaltern aus Metall Im Freien (z. B. Contrainer) (²⁷ / S. auch (fd. M. 96)	43	2.13(2)	Herstellung von Minerarasern Herstellung von Straßenbaustoffen unter Vandapen zur Herstellung von Beton, Mörtel oder Straßenbaustoffen unter Vandapen und Somant fro
3.18(1) Ai	. ₹ 8	Anlagen z.w. Herstelluny oder Reparatur von Schiffskörpern oder- sektionen aus Metall im Freien (*) 1s. auch 1rd. Nr. 97.)	44	2.15(1)	verwerlaung von zement () Anlagen zur Herstellung oder zum Schmeizen von Mischungen aus Bitu- men oder Taen mit Mineralstruffen alles hille diets Aufhereit innsealignen für
4.1(1) A (0,10) K	₹ ₹	Anlagen zurfabrikmäßigen Herstellung von schweftelhaltigen Könlenw asserstoffen oder von Nichtmetallen, Metalloxiden oder sonsti-			bituminose Stratenbaustoffe und Teerspilitaniagen mit einer Produktions- leistung von 200 t oder mehr je Stunde (s. auch ind. Nr. 91)
	8 ¥ 5	ggen alvoganischen Verbindungen (#) ggen zur Herstellung von metallonganischen Verbindungen durch chemische Umwandung in motstrellein Umfang (#)	45	3.6 (1 + 2)	Anlagen zum Walzen von Stahl (Warmwalzen) und Metallen, ausgenom- men Anlagen zum Walzen von Kallband mit einer Bandbreite bis 650 mm (*)
	4 0		46	3.2(1)b) 3.7(1)	Anlagen zur Stahlerzeugung mit Induktionsöfen, Eisen-, Temper oder Stahlgießereien mit einer Produktionsleistung von 201 oder mehr Guss-
0 0 0	406	other present or Herstand you Gasen was executed. Active the control of the contr	47	3.11 (1+2)	telle je Tag (s. auch ifd. Nm. 8 und 27) Schmiede-, Hammer- oder Fallwerke (*) Anlagen zur Herstellung von warmgefertigten nahttosen oder geschweiß.
4.1(1)		(#) Anlagen zur Herstellung von Ausgangsstoffen für Anlagenschiptzuffel und von Broziden (#)	49	4.1(1)	ten Rohren aus Stahl (*) Anlagen zur fabrikmaßigen Herstellung von sauerstoffhaltigen
4.1(1)		r naizensondzinitate dun von Duzbaten (#) Andagen zur Herstellung von Grundazzinentitelin durch chemische Innwandijnon Wirkstellung für Azrojenimteli (#)	90	6.4.0 E	Kohlenwasserstoffen (#) Anlagen zur fabrikmaßigen Herstellung von Basiskunststoffen
6.3 (1+2)		ommoneragy. Anagen zur Herstellung von Hölzspanplatten, Hölzfaserplatten, oder	4	10	(Kulstriatzer, Polymeren, Fasern au zensumasis) (S. andren für N. 14) (#)
7.12(1) A	4 F	Anlagen zur Beseitigung, Verwertung, Sammlung oder Lagenung von Ellerkrüpten elerleischen Aufällen, ausgenommen Kleinterkrematorien Gesteit der Schoolspan eine Schoolspan eine Schoolspan eine Schoolspan eine Schoolspan eine Schoolspan eine Sch	52	5 C T	Antagen zur Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten sowie von Antagen zur Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten sowie von
10.15(1+2) (3 a)	200	S, auch ill. vin. "Sober mit Offere Prüfstände für ober mit a) Vertremmingsnototren mit einer Feuerungswärmeleistung ab Insge-	53	J) 4.5 (2)	Ausgangsstoffen für Farben und Anstirchmittei (#) Anlagen zur Herstellung von Schmierstoffen wie Schmierdie, Schmierfet. Te Metzille arbeitunssige (#)
8. 10 16 (2)	8 D.C		54	4.7(1)	Aniagen zur Herstellung von Kohlenstoff (Hartbrandkohle) oder Elektro- graphit durch Brennen oder Graphitleren (#)
	2 4 2	Adhagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen im Freien (*)	ត្ត	4.8 (2)	Anagen zum Lestilleren von nuchtigen organischen verbindungen mit einer Durchsatzleistung von 3 toder mehr je Stunde (#) (s. auch frd. Nr. 105)
77 (1) 88	Z 8 2	Kraftverke und Feuerungsanlagen für den Einsätt von Bennstoffen. sowert die Feuerungsvahmeierstung mehr als 150 M/V dis max. 900 M/V	26	5.1(1)	Anlagen zur Behandlung von Oberflächen von Stoffen, Gegenständen oder Etzeugnissen einschließlich der däzugehörigen Trochrungsanlagen unter Verwendung von organischen Lösungsmitteln mit einem Verbrauch an organischen Lösungsmitteln von 150 Kliogramm oder mehr je Stunde an organischen Lösungsmitteln von 150 Kliogramm oder mehr je Stunde norganischen Lösungsmitteln von 150 Kliogramm oder mehr je Stunde programment von 150 Kliogramment von 150
1.12(1) A	2 4 1	otatagi, kutri Biuliassekraiiwerkat ir Anagen zur Destillation oder Weiterverarbeitung von Teer oder Teerer- zeinneiseen (si	25	5.2(1)	oder von 200 Tonnen oder mehr je Jahr Anlagen zum Beschichten, Imprågnieren, Kaschieren, Lackleren oder
2.3(1) Av 2.4(1+2) Av	वर र	ezeginsent zur Heritaliung von Zementidinker oder Zementen Anlagen zum Brennen von Bauxit, Dolomt, Gips, Kalikstein, Kösselgur,			Tranken von Gegenständen, Glas- oder Mineralfasern oder bahmen- oder tareformigen Materialien einschließlich der Zugehörigen Trocknungsanla- pen mit Kunsthapren, soweit die Menne dieser Haze, 25 Killorisum oder
3.2 (1) b) Ele	Z i	Magnesit, Quarzit oder von Ton zu Scham otte Elektro-Stahlwerke, Anlagen zur Stahlerzeugung mit Lichtbogen öfen	99	5.5(2)	mehri Stunde beträgt. Anlagen zum Isolieren von Drähten unter Verwendung von phenoloder
3.24 (1) Au	A S	unter out, evesantiadoutri generir (†) (s. adultiniu, mirri, o uniu 46) annonoble u Motorradfabriken, Fabriken zur Herstellung von Verbrer- ninnen mehren (*)	29	5.8 (2)	kresolhaltigen Drahtlacken Anlagen zur Herstellung von Gegenständen unter Verwendung von Ami-
4.1(1) Ani a), d), e) ein	Anl	Anagan, ar abulking kilong von Kohlenwasserstoffen einschl. stokstort- oder phosphorhaltige Kohlenwasserstoffe (#)			no- oder Phenolplasten mittels Warmebehandlung, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 10 kg oder mehr je Stunde beträgt

Ξ

Bebauungsplan "Östlich der Höpinger Straße"

Semeinde Rosendahl

stoffen mit einer Feuerungswärmeleistung von 20 MW oder mehr, Gastuchnierlantagen zum Antreto von Arbeitsmaschinen oder zur Erzeugung von Stomer. Andagen zu eine Andagen zur Erzeugung von Generatur- oder Wassergas aus festen	Brennstoffen Steinbuche, in denen Sprengstoffe verwendet werden Anlagen zum Brechen, Mahlen oder Klassieren von natorlichem oder	künstlichem Gestein, ausgenommen klassieranlagen für Sand oder Kles Anlagen zum Mahlen von föps, Kleselgur, Magnesit, Mineralfarben, Muschalschalen, Talkum, Ton, Tuff (Trass) oder Zementklinker.	Arlagen zum Blänen von Perlite. Schiefer oder Ton Arlagen zum Brennen keramischer Erzeugnisse, soweit der Rauminhalt der Breinanlage 4 m3 oder mehr und die Besadzüchte 300 kg oder mehr	Je mis Haudmindt oder Berhandingbe beträgt hangen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen Bindehalten durch Stampfen, Stock ein, Ruttellen oder Vib- den an deren Gredelichen von A. seinen bei in Studie der Vib-	neren mit ener Produktoristelsung yon i toper menr je sunne in ge- schlössenen Hallen (?) (3. auch für Nr. 6) Anlagen zur Herstellung oder zum Schmeizen vom Mischungsverlössen die	men over 1 een min miredaaksuuen taiksuutaksut Auburentungsanlagen un bituminose Straßenbaustoffe und Teerspilltanlagen mit ener Produktions- leistung bis weniger als 200 t je Stunde (s. auch lfd. Nr. 44)	Anagen zum Erschmetzen von Stahl mit einer Stchmetzleistung von weniger als 2.5 f. je Stundes sowie Eisen., Temper- oder Stahligielsereien mit einer Produktionsleistung von 2.t bis weniger als 20.t Gusstelle je Tag	(s. auch lfd. Nr. 46) Gießerelen für Nichtelsenmetalle oder Anlagen zum Schmelzen, zum	Legjeren oder zur Raffnaaton von Nichtelsenmetzallen mit einer Schmeiz- leistung von 4 Tonnen oder mehr je Tag bei Blei und Cadmium oder von 20 Tonnen oder mehr je Tag bei sonstigen Nichteisenmetallen	(s. auch lfd. Nm. 163 und 203) Anlagen zum Abziehen der Oberflächen von Stahl durch Flämmen	Anlagen zum Auforingen von metalischen Schutzschichten auf Metali- oder Kunstschröbernächen mit Hilfe von schmeizfüssigen Bädern, durch Flamm. Plasma, nier Lichtindenschitzen (*)	Anagen zur Herstellung oder Reparatur von Behaltem aus Metail in geschlossenen Hallen (z. B. Dampfkessel, Container) (*) (siehe auch lfd.	Nr. 10) Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Schiffsköpern oder sektionen aus Anfall in neschlinssenen Hallen (*) (siehe auch fid Nr. 11)	Anlagen zum Bau von Schlenerfrahrzeugen (*) Anlagen zur Herstellung von Bleiakkumulatoren oder Industriebatterfezel-	teri und surnsiger Akkuntudauren Anlager zur Herstellung von Aluminium., Eisen- oder Magnesiumpulver oder –pasten oder von blei- oder nickelhaltigen Pulvem oder Pasten so-	wie von constigen Metalipulvem oder – pasten in Anagen für den Bau und die instandsetzung von Luffrährzeugen Anagen für den Bau und die instandsetzung von Luffrährzeugen (I.V.m. Purfästander ist für Nim. 20. Juni d. 3) sowie geschlossen ber Anthroporonidersteil in den geschlossen berüfstande in den geschlossen berüfstande in den geschlossen berüfstande.	incompany and an organization of the state o	Chemische Umwandung (seiten ober Waschmidte) (#) Anlagen, in denen Pflanzenschleubz- ober Schadilingsbekämpfungsmittel oder ihre Wirkstoffe gemahlen oder maschinell gemischt, abgepackt oder	um gefüllt werden (#) Anlagen zur Herstellung von Grundarzneim ittein (Wirkstoffen für Anzneimtel) unter Verwendung eines bloogischen Verfahrens oder von Anzneimtelbungen Azzneimittelzwischenprodukten im noustriellen Um-	fang, sow eit Pflanz en behandelt oder Tierkdrper eingesetzt werden (#) Anlägen zum Destillieren von flüchtigen organischen Verbindungen mit einer Durchsatzieistung von 1 t bis zu 3 t je Stunde (#) (s. auch fld. Nr. 55	/ Anlagen zum Erschmetzen von Natur- oder Kunstharzen mit einer Leis- hing von 1 foder mehr is Tag (#)	aming von 1. vouer ment jo - sag von Anlagen zur Herstellung von Anstrich- oder Beschichtungs-stoffen (Lasu- ren, Fimis, Lacke, Dispersionsfarben) oder Druckfarben unter Einsatz von	25 i je lag oder meri am furbingen roganischen Verbindungen (#) Anlagan zur Behandlung von Oberflächen von Stoffen, Gegenständen oder Erzeugnissen einschließlich der zugehörigen Trock-	Unigsandagia Murak Perwikulungi yan ologasiren Lusangamitan ina en- nem Verinauch an organischen Lösungamitain von 55 Kilogamin bis weniger als 150 Kilogramm je Stunde oder 15 Tonnen bis weniger als 200 Tomen je Jahl Kilogramm je Stunde oder 15 Tonnen bis weniger als 200 Ananez zim Bertinsken von hahben, onter Jahritumnen Markalein	mit Rotationsdruckmaschinen einschließlich der zugefänfigen Trock- nungsanlagen, soweit die Fanten oder Lacke organische Lösungsmittel enthalten
1.5 (1+2) a) und b) 1.13 (2)	2.1 (1+2)	2.5(2)	2.7(2)	2.14 (2)	2.15(2)		3.2 (2) 3.7 (2)	3.4 (1)	3.8 (1)	3.5 (2)	3.9 (1+2)	3.15 (2)	3.18 (1)	3.19 (1) 3.21 (2)	3.23(2)	3.25 (1) 10.15 (1+2)	4.1 (1)	K) 4.2 (2)	4.3 (1+2) a) und b)	4.8 (2)	4.9(2)	4.10 (1)	5.1 (2) a)	619	() ()
88 88	98	87	88	06	16	,	76	93		94	90 60	96	7.6	86	100	101	102	103	104	105	106	107	108	<u> </u>	3
Antagen zur Erzeugung von Speisefetten aus terfschen Rohstorfen oder zum Schmetzen von teischen Fetter, ausgenommen Antagen zur Verandefung von seitlich gewonnenten feisteren Fetter zu 3.5 seisfetten in Persistendenn feiner Leistung bis su 200 kflogramm Speiseftig in Wo-	ohe Antigen zur Herstellung von Futter- oder Düngemitteln oder technischen Fetten aus den Schlackfürbebenprodukten Knochen, Tiernaare, Federn,	Hörner, Käulen oder Blut Anlagen zur Lagem unbehandeter Knochen, ausgenommen Anlagen für selbstewonener Knochen in	Flaischreeten, in denen je Woche wenger als 4 000 kg Flaisch verar bette wenden, und en denen je raffest werden . Anlagen, ein ein knut in Nr. 115 erfasst werden . Anlagen, ein ein knut in Nr. 115 erfasst werden	Andagen zu Herstellung von Sauerkrauf mit einer Produktionsleistung von Andagen zu Herstellung von Sauerkrauf in Fag als Vierteljahresdurchschnifts- und 1 onen oder mehr Sauerkrauf je 18g als Vierteljahresdurchschnifts-	Weff With Ministration and American interior Produktons leistung von 300 Troner fergegegginssen oder mehr je Tag als Vierteljahresdurch- soor and in de	Summiner (1), auch in in 113). Anlagen zu Erzegung von Olen doer Fetten aus pfranzlichen Rohstunfen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne Fertigerzeugnisse oder mehr	, je 1 ag als Vierteila infrasdurchschmitswert Anlagen zur Herstellung den Raffnation von Zucker unter Verwendung von Zuckernüben oder Poffzucker	Anlagen zur Beseltigung oder Verwertung fester, flüssiger oder gasförm!- ger Abfälle mit brennbaren Bestandteilen durch thermische Verfahren	Anlagen zu thermischen Aufbereitung von Stahlwerksstäuten für die Gewinnung von Metailen oder Metailverbindungen im Drehnohr oder in einer Vintelsprückt.	Offene Anlagen zur Erzeugung von Kompost aus organischen Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 3 000 Tonnen oder mehr Einsatzstoffen	Je Jahr (Kompostwerke) (s. auch fid. Mr. 128) Anlagen zur physikalisch undoder chemischen Behandlung von Anfallen im einer Turrischtleisting von 11 Tronen blis weniber als sin		b) a) Anlagen zum Zerkleinern von Schrott durch Rotormühlen mit einer Nernfelblung des Rotoradhitebes von 100 Molawit doer mehr h) Anlagen zur zelkweiligen Janeann von Riscan, roter wildenbe, een.	schrudten, einschlieblich Autowarsch gegen gefreie Gesamtlagerfläche von 16 000 Quadratmeter oder mehr oder einer Gesamtlagerkapazität	von in 2001 Uniter Essel- uden interpresensionation toder metric Offeren Antagen zur zeltweiligen Lagerung von Adzillen mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Täg oder einer Gesamt.	lagerikapatik von 100 Tonen otener mehr Offene Anlagora zur zelverigen Lagerung von Schämmen mit einer Auftratimergezität von 10 Tonen dem mehr je Tag oder einer Gesamt- isandsconstituton stat Tronson neter mehr je Tag oder einer Gesamt-	ngannapanan yan Java International men Often Anlagen zum Lagem von Affallen soweit in diesen Anlagen Affalle vor deren Beseltigung oder Verwertung Jeweils über einen Zeit-		schlagen von Efraushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Auftreteilt von Gelodenbacken anfällt oder anfällt oder der der der der der der der der der	Traines Straiglager oper metric P3 go beverg werder of test gla sourch für sakonda genützt Gestpleanschriedens Anfagen zu nach der Geffaber von Gestpleanschlich ober von Gestpleanschlich ober von Gestpleanschlich ober von Gestpleanschlich sich der Gestpleanschlich ober von Gestpleanschlich sich der von Gestpleanschlich sich der von Gestpleanschlich sich der von Gestpleanschlich sich der schendungen oder Aufliche und der der der der der der der der der de	Abwaserbhandungsanlagen für mehr als 100 000 EW	System (1) (1) Operation (2) Autoknos (3) Autoknos (3)	Anlagen zur Erreugung von Strom, Dampf, Warrwasser,	Prozessay ander ooker entritzen, Augea durch etter Flassat von steken, flussigen aden gestörmigen Bernstätten int elner Fleuerung swärmeleis- tung von 20 MW bis weniger als 60 MW in elner Verternungseinfrichtung einstrilleißlich zugehöniger Gangfressel, ausgebronmen Nastvornagge-	gate mrungsmotorantagen zum Antheb von Arbeitsmaschinen oder Vertremmungsmotorantagen zum Antheb von Arbeitsmaschinen oder zur Erzelgung von Storm ("Janfin State"), der State swarmen oder erhätten Abgas für den finssaz von füssigen oder gastoringen Biern-
7.3 (1+2) a) und b)	7.9 (1)	7.11 (1)		7.19 (1+2)	7.21 (1)	7.23 (1+2)	7.24 (1)	8.1 (1) a)	8.3 (1+2)	8.5 (1+2)	8.8 (2)		8.9 (1) a) + b) 8.9 (2) a)		8.12 (1+2) a) und b)	8.13 (1+2)	8.14 (1+2) a) und b)	8.15 (1+2) a) und b)	9.11 (2)		ā	5 6	1,2 (2)	a) bis c)	1.4 (1+2) a) und b)
09	19	62	,	64 64	92	99	29	89	69	20	7.1		72		73	74	75	92	77		78	79 80	81		82
																							300		

Bebauungsplan "Östlich der Höpinger Straße" Gemeinde Rosendahl

Anlagen, die der Lagerung und Umfüllung von brennbaren Flüssigkeiten in Behätern mit einem Fassungsvermögen von 5 000 Tonnen oder mehr einem riv (#).	Anlagen zur Lagerung von Gülle mit einem Fassungsvermögen von 2 500 kublkmetern oder mehr	Anlagen, die der Lagerung von chemischen Erzeugnissen von 25 000 Tonnen oder mehr dienen (*) (#)	Anlagen zum Vulkanisieren von Natur- oder Synthesekautschuk unter Verwendung von Schwefel oder Schwefelverbindungen, ausgenommen Anlagen	- weniger als 50 kilogramm Kautschuk je Stunde verarbeitet weniger als 50 kilogramm Kautschuk je Stunde verarbeitet weniger als 50 kilogramm Kautschuk ja anseptramm	(s. auch ird. Nr. 221) Offene Anlagen mit schalltechnisch optimierten gasbetriebenen Karts, die	an 5 Tagen oder mehr je Jahr der Ausübung des Motorsports dienen (Kart-Bahnen)	Anlagen zur Innerneingung von Etsenbahnlesselwagen, Straßentank- fahrzeugen, Tankschiffen oder Tankcontainenn sowie Anlagen zur auto- matschen Reinigung von Fassern einschließlicht zugebnöriger Aufrabe- tungssanlagen, soweit die Behalter von organischen Stoffen gereinigt wer-	den Anlagen zur Textilveredlung durch Sengen, Thermofixieren, Thermoisolle- ron Boschickhan Imprantision oder Anomethons planetisching der ges	ren, uestumen, impagnieren over Apprenent, ensomeskut der zo- en, uestummungsanlagen, auch soweit nicht genehmigungsbedurtig Kälteanlagen mit einem Gesamtinhaft an Kältemitteln von 3 t.Ammoniak	oder mehr (*) (#) Abwasserbehandlungsanlagen bls einschl. 100 000 EW.	(s. auch lid. Nr. 78) Oberirdische Deponien für Inert- und Mineralstoffe	Sage., Furnier- oder Schälwerke (*) Anlagen zur Gewinnung oder Aufbereitung von Sand, Bims, Kies, Ton	oder Lehm Anlagen zur Herstellung von Kalksandsteinen, Gasbetonsteinen oder	Fasetzerifertigkauer unter Damptudertruck Falagen zur Herstellung von Bauelementen oder in Serien gefertigten Annhauten	Emaillieranlagen Presswerke (*)	Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen in geschlossenen Hallen (*)	Stab- oder Drahtziehereien (*) Schwermaschinenbau	Anlagen zur Herstellung von Wellpappe (*) Auslieferungslager für Tiefkühlkost (*)	Margarine oder Kunstspeisefettfabriken Betriebshöfe für Straßenbahnen (*)	Betriebshöfe der Müllabfuhr oder der Straßendienste (*) Speditionen aller Art sowle Betriebe zum Umschlag größerer Gütermen-	gen (*) Freizeitparks ohne Nachtbetrieb (*) (s. auch ifd. Nr. 36)	constraint of the second constraints of the	Anagen kuni Sauepuleren oder mataken von Glas oder Glaswaren unter Verwendung von Flusssäure	Anagen zum erennen seramischer Enzeuglinsse, swiert ber Kadiminnan, der Bernanlage 4 m. 30 der mehr oder die Besatzdichte mehr als 100 kofm? in nie wentensens 900 km 70 Darminhalt der Brennanlane herfant.	ausgenommen elektrisch beheitzte Brenndren, die diskontinuierlich und ohne Ahliffführund habsbeheitzte Brenndren, die diskontinuierlich und	Aniagen zum Schneizen, zur Legieren oder zur Raffination von Nichtei- semmeralien mit einer Schmeizbist und nach 6 Tonnen his weniner als 4.	Tonnen io Tag bei Blei und Cadming ader von 2 Tonnen bis weniger als 20 Tonnen io Face hai constitution with the constitution of the constitution	besonder Wahl emissionsammer Schmetzaggregate nicht genehmt-	gungspeduming (s. auch inc. nr. 33 und 203) Gießereien für Nichteisenmetalle soweit 0,5 Tonnen bis weniger als 4	Tonnen je Tag bei Blei und Cadmium oder von 2 Tonnen bis weniger als 20 Tonnen je Tag bei sonstigen Nichteisenmetallen abgegossen werden	Anlagen zur Oberflachenbehandlung von Metallen oder Kunststoffen durch ein elektrolytisches oder chemisches Verfahren zur Oberflachen-	behandlung von Metallen durch Beizen oder Brennen unter Verwendung von Fluss- oder Salpetersaure (#)	Anlager Lat V erlanderung von missigen ungesaanligen Polyesterhaizen mit Styrok-Zusatz oder füssigen Epoxitianzen mit Ami- nen zu Formmassen i Formbeilen oder Ferügetzeugnissen, sowiert keine montalisen ernamassen für einen (Ferrenan versichen eine Ami-
9.2 (1+2)	9.36 (2)	9.37 (1)	10.7 (1+2)		10.17 (2)		10.21 (2)	10.23 (2)	10.25 (2)		×	5 5	i.	r	ī ī		9 9	e e		ī ī	3	67.00	(7) 6.7	7 (7)		3.4 (2)			3.8 (2)		3.10 (1+2)	Ç	a) nud b)
135	136	137	138		139		140	141	142	143	144	145	147	148	149	151	152	154 155	156 157	158 159	160	5	0 6	791		163			164	1	165	9	991
																						200	3										
																						5											
																						-											
Anlagen zum Beschichten, Imprägnieren, Kaschleren, Lackieren oder Träffen von Gegenständen, Gläs- oder Mirentärsem oder bahnen- oder träfeltraminen Agenalien einschließlich der zunechdienen Trockumersens.	gen mit Kunstharzen sowei die Menge detser Harze IV Klogramm bis wentger as 25 Klogramm i Etunde beträck ausgenommen Anlagen für	den Einsatz von Pulverbeschichtungsstoffen Anlagen zum Tränken oder Überziehen von Stoffen oder Gegenständen	mit Teer, Teerdi oder heißem Bitumen, auch Anlagen zum Tränken oder Uberzielen von Katelo mit heißem Bitumen Anlesen zur Aerstellund, son habhenfrikmingen Materialien auf Greuchma	Annual and a straight of a gradual and a straight of a str	Anlagen zur Herstellung von Reitbelägen unter Verwendung von Pheno- plasten oder sonstigen Kunstharzbindemittein	Aniagen zur Herstellung von Papier, Karton oder Pappe, auch aus Altpa- pier, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig	Andagen zum GAllagen vom Heren mit einer Leistung vom 500 kg. Lebendgewicht Gefligel oder mehr je ¹ 7ag oder mehr als 4 TonnenLe- bendgewicht sonsiger 7 bere oder mehr je ¹ 7ag oder mehr als 4 TonnenLe- Andagen zu Herstellung vom Fleisch- oder Gemusekonserven	auch soweit nicht geneimingungsbedürftig Anlagen zur fabrithistigen Herstellung von Tierfutter durch Exchangen des Bostondeller inschende		Anlagen zur Herstellung von Gelatine, Hautteim , Lederfeim oder Kno- chenleim	Anlagen zum Trocknen, Einsalzen, Lagern oder Erithaaren ungegertder Tierhäute oder Tierfelle	7.14 (1+2) Anlagen zum Gerben einschließlich Nachgerben von Tierhäufen oder Tierfelen sowie nicht genehmigungsbedürftige Lederfabriken	Anlagen zur Herstellung von Braumalz (Mälzereien) mit einer Produkt- onsleistung von 300 Tonnen Darmalz oder mehr je Tag als Vierteljahres-	Out/Instrintisment. 7.22 (1+2) Aniago zur Herstellung von Hefe oder Stärkemenlen mit einer Produkti- nnsteletung von 1 Tonne nier mehr Hefe oder Stärkemenlen in Tan als	Vierteijahredurchschriftswert 7.29 (1+2) Anlagen zum Rösten oder Mahlen von Kaffee oder Abpacken von gemah-	lenem Kaffee Kaffee oder m	7.30 (1+2) Anlagen zum Rösten von Kaffee - Ersatzproduken, Getreide, Kakaoboh- nen oder Nüssen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne gerösteten	Erzeugnissen oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert. 7.31 (1+2) Anlagen zur Herstellung		Kakao- oder Schokoladenmasse auch soweit nicht genehmigungsbedürf- tig	Sortieranlagen für Hausmüll mit einer Durchsatzleistung von 10 Tonnen Einsatzstoffen oder mehr je Tag	Geschlossene Anlagen zur Erreugung von Kompost aus organischen Adfällen mit einer Duurbsaztleisbung von 3 000 Tonnen oder mehr Einsatzschlein Jahris auch inf Nr. 701	n Behandlung von Abfällen Tig		Tonne verunreInigtem Boden oder mehr je Tag Anlagen zur zeltwelligen Lagerung von Elsen- oder Nichtelsenschrotten,	einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtlagerfläche von 1 000 Quad- ratmeter bis weniger als 15 000 Quadratmeter oder einer Gesamtlager-			8.15 (1+2) Geschlossene Anlagen zum Umschlagen von Aufällen mit einer al. niestung von fill Tonnen oder mehr ie Tan ausgepommen Anlagen zum		Anlagen, die der Lagerung und Abfüllung von brennbaren Gasen in Be- hältern mit einem Eassumssvermöhen von 3 Tonnen nicht rijenen	ausgenommen Erggastöftrenspelcher sowie Anlagen zum Lagem von breindaren Gasen oder Erzeudnissen, die breindare Gase z.B. als	Treikmittel oder Brenngas entrhalten, soweit es sich um Einzelberhaltnisse mit einem Volumen von jeweils nicht mehr als 1 000 Kobiozentimeter in entretten von jeweils nicht mehr als 1 000 Kobiozentimeter.

Bebauungsplan "Östlich der Höpinger Straße" Gemeinde Rosendahl

nen Anlagen zur Herstellung von Anstirch- oder Beschlichtungs-stoffen (Lasu- ren, Finner, Lane, Dergestonskänsen der Druckfahen werter Einsatz von bs zu 25 tie 7 ag an nitztrügen organischen Vertrindungen	- Kart-Anlagen sowie Modellsportanlagen in geschlossenen Hallen	7.12 (1) Kleinberkrematonen (s. auch fd. Nr. 19) 7.12 (1) Kleinberkrematonen (s. auch fd. Nr. 19 Nr. 19 Verbremungsmodernafelber flicksbr. von Autol oder (1. Deppringss mit einer Feuerungswamelssung bis wennger als 1 Megabl) Coppringss mit einer Feuerungswamelssung bis wennger als 1 Megabler (1. Deppringss mit einer Feuerungswamelssung bis wennger als 1 Megabler (1. Deppringss mit einer Feuerungswamelssung bis wennger als 1 Megabler (1. Deppringss mit einer Feuerungswamelssung bis wennger als 1 Megabler (1. Deppringss mit einer Feuerungswamelssung einer Feue	8.9 (2) Watt Anlagen zur Behandlung von Attautos mit einer Durchsatzleistung c) von 5 Attaufne, order mehr je Wordhe		 Betriebe zur Herstellung von Fertiggerichten (Kantinendienste, Catering- Betriebe) 	Schlassereien, Drehereien, Schweißereien ader Schleifereien Anlagen zur Herstellung von Kunststoffteilen ohne Verwendung von	Autolacklerreien, einschl. Karosserlebau, insbesondere zur Beseltigung	von Untalischaden Tischlerieronder Schreinerelen Hehrneleisterndiscert/werke in nechticeenen Hellen	Pourpointendemogramme voice in genomostatent material Special Special Special Special Special Pour Commission of the Commission of the Commission of Special S	Fabriken zur Herstellung von Lederwaren, Koffern oder Taschen sowie Handschuhmacheren der Schuldfabriken Anderen zur Liederbilden zur Dieder Schuldfabriken indienbilden den bilder bilder der Schuldfabriken der Schuldfabrik		 Spinnereien oder Webereien Kleiderfabriken oder Anlagen zur Herstellung von Textilien 	Graßwäschereien oder graße chemische Reinigungsanlagen Betribee des Betrydigebaus sowlie der sonstigen elektronischen oder	- Familieri dansurieri industrie Baufinte Kraffah Zeudüberwachung - Anladen zur Kraffah Zeudüberwachung		Anagen zu Kundenduch ing van Karen sowen wenger as Jo ng Je Stunde Kautschuk eingesetzt werden (s. auch für. Nr. 138)	Anlagenbezeichnungen stimmen nicht immer mit denen der 4. BlmSchV überein, denn sie entbält in manchen Fällen	Oberbegriffe undroder zusammenfassende Anlagenbezelchnungen, die hinsichtlich des Genehmigungserfordernisses zusammengehören, in ihrer Auswirkung i. S. des Abstandserlasses aber als selbstsfändige Anlagenarten zu sehen sind oder	mmissionsschutz, und planungsrechtlich ohne Beldeutung sind. Insofem konnte die Systematik der 4. BimSchV und auch die Eintellung nach Leistungskriterin nicht immer eingelpatillerin werden. Abstands bestimmend ist aber - unabhängig von dem Genebminium serforderins, auf eine herat wur ein in der at Arstandsteh beschreiben ist	a sie iii dei Austaliusiiste dastiiiledeliist.														
198	199	200	202	203	204	205	207	208	210	212	0 :	214	216	218	220	77	nmen nicht ir	nfassende Ar rirkung I. S. d	rechtlich ohn n nicht immer Ietriebsart w	ecilicusait, m														
		100															elchnungen stir	oder zusamme n, in ihrer Ausv	und planungs sistungskriterie ordernis - die F	- 611100														
		₹															e Anlagenbeze	srbegriffe und/c ammengehöre	issionsschufz- eilung nach Le	in infamilia series														
vertrauch von 500 kg oder metrr je Woche, z. B. Bodsbau, Fahrzeugbau oder Behälterbau. Anlagan zur Hestallung von Konstitchen Schleischeben, körpern, - papiern oder -geweben unter Verwendung organische Binde- oder Lo-	-	Verwendung von projuvetrak in Oppuretanbroderen in Asserbina noder zun Aussfallen er Orbitation in Oppuretanbroderen in Asserbina noder zun Aussfallen von Hofflachen mit Polyurethan, soweit die Merge der Aussgangsstate von Hofflachen mit eine Studie mit einer Produkt- Ansgangsstate zun Räuteren Von Fleisen- noder Eistwarber mit einer Produkt-	onsleistung von weniger als 75 Tonnen geräucherten Waren je Tag, aus- genommen	Anlager in Gastaden; Raucherelen mit einer Räucherfeistung von weniger als 1 Tonne Fleisch- oder Fischwaren je Woche und	 Anlagen, bei denen mindestens 90 % der Abgase konstruktionsbedingt der Anlage wieder zugeführt werden 	Anlagen z leistung vo	durchschnittswert 7.27 (1+2) Brauereien mit einem Ausstoß von 200 Hektoliter Bier oder mehr je Tag	als Vierteljahresdurchschnittswert und (Melasse-) Brennereien Anlagen zur Herstellung von Speisewürzen aus berischen oder pflanzli-	orten somen urter verwendung von sauten. 7.32 (1+2) Anlagen zur Behandung oder Verrabeitung von Milch sowie Anlagen mit Sprühtordkeins zum Troksken von Milch, Erzeugnissen aus Milch oder		Anlagen z Aromatisie	8.1 (1) b) Verbrennungsmotoranlagen für den Einsatz von Altdi oder Deponiegas mit einer Feuerungswärmeleistung von 1 Megawatt oder mehr	8.12 (1+2) Geschlossene Anlagen zur zetweiligen Lagerung von Abfällen, mit a) und b) einer Aufnahmeksapaztiät von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer	Gesamfagarkapazriativon 100 Tomnen oder mehr 8.13 (1+2) Geschlossen Anlagen zur zelvewillgen Lagerung von Schidammen mit einer Aimanmekanazik von 10 Tomnen nder mehr in Tan nder einer	Gesamtla	8.14 (1+2) Geschlossene Anlagen zum Lagen von Abfallen, soweit in diesen 3) und b) Anlagen Abfalle vor deren Beseidigung oder Verweitung jeweils über einen Zeitresum von mehr als einem Jahr coalonen worden.	Anlagen zur Herstellung von Bautenschutz. Fenigungs- oder Hoiz- schutzmitteln sowie von Nebemitteln ausgenommen Anlagen, in denen	diese Mittel ausschließlich unter Verwendung von Wasser als Verdün- nungsmittel hengesteilt werden, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig)	auch unter Verwendung von Chlor oder Chlorverbindungen oder von Farbebeschleunigern einschließlich der Spannrahmenanlagen	Anlagen zur Herstellung von Blotzen, Nageln, Nieten, Mittern, Schräuben, Kugen, Nadeln oder Almicken metallischen Normtellen durch Druckum- fromen auf Aufmangen sewiel a Internationscheinen von	ommen auf Audumatert sowie Audumaterioneriering / Anlagen zur Herntellung von kaltgefertigten nähtlösen oder geschweißten Rohren aus Staff (*)	Anlagen zum automätischen Sortieren, Reinigen, Atfüllen oder Verpa- cken vom Flastnen aus Glas mit einer Leistung von 2500 Flaschen oder mehr is Grinnsie zu.	Maschinentabriken oder Harterelen	Pressereien oder Stanzereien (*) Schrottplätze bis weniger als 1.000 m2 Gesamttagerfläche	Anlagen zur Herstellung von Kabeln Anlagen zur Herstellung von Mötheln Kisten und Paletten aus Hofzund	sonstigen Holzwaren 7/mmeren (*)	Lackierreter in the linem Losungsmitteldurchsatz bis weniger als 25 kg/h	, c. , cummover eretri) Fleiscræriegebetriebe ohne Verarbeitung Antiagen zum Trocknen von Getreide oder Tabak unter Einsatz von Ge-	blásen (*) Múhlan fir Mahnings, oder Euttermittel mit einer Droduktionsleich inn von	Manner na Namungs- oder naceminter inter inter introdukaunstersaturg von 100 Tonnen hav entger als 300 Tonnen Fertigerzeugnissen je Tag als Vierteilainresduchschnikwerft (s. auch für, Nr. 65)	Brotfaforken oder Fabriken zur Herstellung von Dauerbackwaren Milchverwertungsanlagen ohne Trockenmilcherzeugung		
5.10 (2)	5.11 (2	7.5 (2)				7.20 (2)	7.2	7.28	7.3.	i	7.33 (2)	8.1	8.1. a) (e	8.13	1	a) (10.8 (2)		22	a) r	r	1	Ċ	6	t t	1 1	3	1	E E		·	9 9	1 1	
29	89	69				170	171	172	173		74	175	9/1	221	3	8/	621		8		6	85	83	84	98	88	8 6	190	191	60	2	194	96	